

# Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werththätigen Bevölkerung.

Telephon Nr. 419.]

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“.

[Telephon Nr. 419

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich Abends (außer an Sonn- und Festtagen) mit dem Datum des folgenden Tages und ist durch die Expedition, Johannisstraße 50, und die Post zu beziehen. Preis vierteljährlich **Mk. 1,60.** Monatlich **55 Pfg.** Postzeitungsliste Nr. 4089 a, 8. Nachtrag.

Die Anzeigengebühr beträgt für die viergespaltene Feilzettel oder deren Raum **15 Pfg.**, für Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen nur **10 Pfg.**, auswärtige Anzeigen **20 Pfg.** Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr Vormittags in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 179.

Mittwoch, den 4. August 1897.

4. Jahrgang.

Hierzu eine Beilage.

## Der Nationalitätenswindel

erhält durch den jetzt in Oesterreich tobenden Kampf um die „Sprachverordnung“ für Böhmen wieder einmal eine recht krasse Beleuchtung. Oesterreich ist ja seitber der schönste Tummelplatz nationalen Blödsinns, dieweil jede von dem Duzend Nationen bald unterdrückt wird; bald ihrerseits unterdrückt. Die Polen wurden früher von einer gewaltmächtigen Germanisation bedroht und suchten gleichzeitig die Ruthenen zu polonisiren; die Ungarn schreien Peter und Wodwo über die „Ummassungen“ der Deutschen, die in Budapest ein deutsches Theater haben wollen, und gleichzeitig suchen sie durch die gemeinsten Mittel die Slowaken zu magyarisiren; die Italiener machen sich einen Sport daraus, Straßenschilder mit deutschen Aufschriften zu zerhacken und liegen sich gleichzeitig mit den Kroaten und Slowenen in den Haaren; die Tschechen haben sich kaum der Germanisation erwehrt, als sie auch den Spieß umdrehen und ihrerseits aggressiv gegen die Deutschen vorgehen und gleichzeitig der mährischen und polnischen Bevölkerung Schlestiens die Rechte streitig machen, polnisch und mährisch zu sein. Kurzum, es entsteht ein Lohmwahnsinn, indem sich kein Mensch mehr auskennt: es giebt überhaupt in der k. k. österreichisch-ungarischen Monarchie keine Nationalität, die nicht behauptet, bedrückt und verfolgt zu sein.

Worum handelt es sich in allen diesen Fällen, worin bestehen jene „heiligen, idealen, nationalen Güter“, um die man so erbittert kämpft? — Sieht man genauer hin, so sind es jedesmal verdammt „materielle Güter“: stets und immer sind es die Interessen einer gewissen herrschenden Klasse, die verfolgt werden: bald handelt es sich um die „Steuerquote“, die die Ungarn zu zahlen haben, bald um das Recht der polnischen Gutsherrn, den rutenischen Bauer und Vandalenarbeiter zum willenlosen Werkzeug zu machen, bald um den Markt, den tschechische und deutsche Fabrikanten sich streitig machen. Immer aber handelt es sich darum, das arbeitende Volk der eigenen Nationalität, für dessen „nationale Interessen“ man sich „opfert“, hübsch am Gängelbande zu halten, zu verhindern, daß es seine reellen Interessen selbstständig verfechte, zu veranlassen, daß es die Interessen der „stammverwandten“ Bourgeoisie fördere. Das ist bisher auch so leidlich gelungen und deshalb sieht man im österreichischen Reichsrathe denn auch immer noch eine Gruppierung nach Nationalitäten, indem die Abgeordneten stets die Interessen dieses oder jenes Bürgerthums oder Abels repräsentiren, wobei die Zahl der Abgeordneten verschiedener Nationalitäten nicht etwa der respectiven Volkszahl entspricht, sondern dem Verhältnis, in welchem die herrschende Klasse dieser oder jener Nationalität angehört. So z. B. sind in Galizien die Ruthenen ebenso zahlreich wie die Polen, da aber die Gutsherrn Polen, die Bauern und Arbeiter Ruthenen sind, so ist der Polenklub eine der mächtigsten Fraktionen, während die ruthenische Gruppe weniger zahlreich und unbedeutend ist. Aus demselben Grunde sind oft Gegenden mit weit überwiegender slavischer Bevölkerung von Deutschen vertreten.

Erst das allgemeine Wahlrecht schafft hier Wandel: trotz der Parodie des allgemeinen Wahlrechtes, welche Graf Badeni glücklich zu Stande brachte, hat die „fünfte Kurie“, die Klasse der Wähler des arbeitenden Volkes, doch auf den ersten Schlag eine Gruppe von Abgeordneten entsandt, welche aus Männern verschiedener Nationalitäten besteht und bei denen trotzdem von nationalen Gegenätzen gar nicht die Rede sein kann. Gerade in dem Augenblicke, in welchem der Nationalitätenhader auf's Neue geschürt wird, stehen in der sozialdemokratischen Gruppe Deutsche, Tschechen und Polen als geschlossene Kämpferschaar jenen zeternden Nationalitätenswindlern gegenüber. Wäre das Wahlrecht wirklich ein allgemeines, würden alle 425 Abgeordnete direkt vom Volk gewählt, so würde es wohl anders im Reichsrathe ausschauen. Dann würden auf der einen Seite die einigen Vertreter des arbeitenden Volkes stehen, auf der anderen die untereinander habenden Repräsentanten der Bourgeoisie der k. k. Kronländer. Dann wäre aber auch die österreichische Regierungskunst zu Ende, das „divide et impera“ — theile und herrsche — diese schöne Devise der Habsburger, wäre unanwendbar, während sie jetzt die schönsten

Blüthen treibt, allerdings — wie es scheint — auch die letzten Blüthen.

Zu diesen gehört die „Sprachverordnung“, und es lohnt wohl, das schöne Gewächs in's Licht zu stellen. — Als der edle Polengraf Badeni die schwere Aufgabe übernahm, das Habsburgische Wrack zu steuern, stand er vor einer heiklen Aufgabe: es galt den „Ausgleich“ zwischen Oesterreich und Ungarn herbeizuführen, den Ausgleich in Bezug auf die Quoten, welche von den beiden Theilen der Monarchie zur Bestreitung der Militärlasten zu leisten sind, eine ziemlich heikle Aufgabe, weil die herrschende Klasse hüben und drüben mit Vorliebe Steuern einzieht, aber die Arbeitergroßen dann möglichst zum allereigensten Nutzen verwenden möchte. Außerdem sollte er das Kunststück fertig bringen, ein allgemeines Wahlrecht, das trotzdem nicht allgemein ist, auszufuhren. Die letzte Aufgabe hat er nun mit echter Schlachzigen-Schlauheit gelöst, sich aber doch verrechnet dabei, denn es stellte sich bald heraus, daß auch schon bei diesem geringen, dem Volke eingeräumten Rechte — und weniger ließ sich schlechterdings nicht einräumen — das Parlament nicht mehr nach Willkür zu leiten war. Regiert muß aber werden, und Graf Badeni will regieren unter allen Umständen, koste es, was es wolle. Zum Regieren gehört eine parlamentarische Majorität, und diese mußte zu Stande gebracht werden. Badeni versuchte also eine konservative Majorität zusammenzukleffern — es gelang nicht; dann versuchte er eine liberale Majorität zu bekommen — gelang ebensowenig. Da bekam der gute Graf das Regieren dick und wollte gehen, aber man ließ ihn nicht, denn unter Umständen, wie er sie herbeigeführt hatte, ließ sich auch in Oesterreich, wo ein Ministerposten stets ein gesuchtes Fressen ist, kein Mensch finden, der diese Suppe auskuffeln wollte. Blieb mir ein Mittel: um den Kuhhandel zwischen Oesterreichern und Ungarn zu Stande zu bringen, mußte ein neuer Nationalitätenhader angefaßt werden: man gab den Tschechen die „Sprachverordnung“, brachte damit die sich radikal-oppositionell gebärdenden Jungtschechen auf Seite der Regierung und nun konnte die Regierung losgehen. Aber es kam anders: der Kadaver der „liberalen Partei“ wurde durch jene Verordnung elektrifizirt, die politischen Hochstapler, welche unter jenem Namen ein politisches Geschäftchen betrieben, wurden hochbeinig und wollten nicht mehr mitmachen. Hierzu waren sie gezwungen durch die Parteiverflechtung, welche die fünfte Kurie mit sich brachte. Bisher war die liberale Partei zwar ein Kadaver in politischer Hinsicht, aber durch ihr todes Gewicht gab sie der Regierung einen Halt und andererseits waren diese Liberalen ja nur liberal, um etwas zu sein, es kam ihnen darauf an, Abgeordnete zu sein, weil das in Oesterreich ein ganz gutes Geschäftchen ist, zumal wenn man zur Majorität gehört.

Die fünfte Kurie aber hat die liberale Majorität zerflört, nachdem sich die Liberalen zuvor durch ihr Verhalten zum allgemeinen Wahlrecht in den Grund und Boden blamirt haben. Nun hieß es wieder in den Sattel kommen und dazu bot ihnen die „Sprachverordnung“ Gelegenheit.

Was will diese „Verordnung“? Böhmen ist ein doppelsprachiges Land: Ein Theil der Bevölkerung, der größere, spricht tschechisch, ein bedeutender Theil deutsch. Das ist so seit einigen Jahrhunderten, und dabei giebt es Distrikte, die ganz tschechisch, andere, die ganz deutsch, und dritte, die gemischt sind. Nun kommt es darauf an, daß beide Theile sich ihrer Sprache bedienen können im Verkehr mit den Behörden und daher ist es notwendig, daß in den Behörden sowohl deutsch als auch tschechisch gesprochen werden muß, alles andere, namentlich wie die Behörden untereinander verkehren, ist Nebensache. Badeni erließ nun eine „Verordnung“, die die Doppelsprachigkeit in allen Zweigen der Verwaltung festsetzte. Darob große Freude bei den Tschechen und großer Aerger bei den Deutschen, weil bisher die Amtssprache die deutsche war. Der Aerger ließ sich aber politisch verwerthen, denn eine solche „Verordnung“ war durchaus ungeschicklich, es hätte die Maßregel durch ein Gesetz durchgeführt werden müssen. So bekamen also die Liberalen ein Mittel in die Hand, sich populär zu machen, indem sie sich als die „Voll und Ganzen“ aufspielten, als Beschützer des Deutschthums und Vertheidiger der Verfassung. In der Reichsrath, Badeni gab schnoddrige Antworten. Da griffen sie zur Obstruktion: sie beantragten, Badeni in Anklagezustand zu versetzen, wovor ihn jedoch die Majorität

schützte, und begannen dann eine regelrechte Obstruktion, indem sie jede Arbeit des Parlaments verhinderten. Die Freunde Badenis, die Polen und Tschechen, deren Leute im Präsidium waren, begingen nun einmal auf's andere die unverschämtesten Verletzungen der Geschäftsordnung, wodurch aber nur die Opposition gekräftigt wurde, denn nun war es Pflicht jedes Mannes, der noch auf Parlamentarismus hielt, die Regierung zu bekämpfen. Die Sozialdemokraten handelten logisch und energisch, indem sie das Prinzip der Doppelsprachigkeit anerkannten, aber die Art und Weise, wie die Nationalitätenfrage für die Zwecke der Regierung ausgebeutet wird, scharf verurtheilten und deshalb sich der Forderung, Badeni in Anklagezustand zu versetzen, anschlossen.

Die Maschine ging also nicht mehr, und Graf Badeni, der beim Regierungsantritt stolz sich als Führer bezeichnet hatte, der mit seiner „eisernen Hand“ prahlte, wußte sich keinen Rath mehr: mit dem Führer war es nichts und der Schacher sollte verübt werden. Der Reichsrath wurde geschlossen und Badeni suchte einen „Ausgleich“ herbeizuführen zwischen den Parteiführern der Tschechen und der Deutschen.

Aber das ging nicht mehr: Die liberale Partei, die, wie gesagt, bereits ein politischer Kadaver war, merkte, daß die deutschen Philister wohl wieder ein wenig Opposition machen möchten und kamen dem bereitwillig entgegen, indem sie nun selbst sich ganz fürchterlich radikal gebärdeten. Und Graf Badeni war dumm genug, wie früher den Antisemiten, jetzt den Liberalen auf die Beine zu helfen, indem er mit dem Polizeistock dreinschlug, Versammlungen verbot, die Presse knebelte, wodurch die Opposition immer berechtigter und lebhafter wurde. Den letzten dummen Streich machte er vor wenigen Tagen in Eger: die „Voll und Ganzen“ hatten eine Protestversammlung nach dieser Stadt einberufen; hätte man sie gewähren lassen, so wären einige Kraftreden mit bröhnenden Phrasen gehalten worden, die Philister deutscher Zunge hätten sich selbst als Helden gepriesen und wären hübsch zu ihrem Bierkrug zurückgekehrt. Aber Badeni wollte es anders, er verbot die Versammlung, und als die Menge sich ansammelte, ließ er die Polizei losgehen. Charakteristisch ist, daß, da es sich hier um Deutsche handelte, nach der deutschen Stadt Eger tschechische berittene Polizisten aus Prag abkommandirt wurden und nun auch mit wünschenswerther Rohheit auf die deutschen Demonstranten einhieben. Schwere Verwundungen sind vorgekommen, und die Erbitterung ist auf's Höchste gestiegen, der National-Patriotismus feiert auf beiden Seiten Orgien und bringt das Bürgerthum hüben und drüben um das bischen politischen Verstand. Aber gerade das ist für den Grafen Badeni gefährlich: die Geister, die er gerufen, wird er nicht los. Er wollte den tschechischen Chauvinismus für sich ausbeuten und nun hat er sich den deutschen auf den Hals gehetzt. Die Liberalen können jetzt wo sie so glücklich sind, wieder einmal eine Partei zu sein, nicht nachgeben und haben es auch gar nicht nöthig, und außerdem empört das brutale Vorgehen des Schlachzigen alles, was noch denkfähig ist in Oesterreich.

Was wird nun werden? Der Reichsrath muß so bald wie möglich zusammengerufen werden, weil der Etat und vieles andere berathen werden muß, die Obstruktion wird aber fortdauern und ihn zu keiner Arbeit kommen lassen. Der Karren ist also nun so festgefahren, daß er überhaupt nicht mehr frei wird, und das ist das einzige Resultat des Nationalitätenswindels.

Das Proletariat aber kann nur seine helle Freude an der Geschichte haben, denn für das Proletariat existiren diese Fragen überhaupt nicht, und je fester die Regierung sich verrennt, je verworrener die Politik der Machthaber wird, je eifriger das Bürgerthum sich im Kampfe um nationale Lappereien aufreibt, desto besser für uns.

## Politische Hundschau.

Deutschland.

Zur Kündigung des deutsch-englischen Handelsvertrages schreibt die „Freisinnige Zeitung“ des Abgeordneten Richter:

„Mit der Kündigung des deutsch-englischen Handelsvertrages ist zugleich auch die Kündigung des englisch-belgischen Handelsvertrages erfolgt. Dieser Vertrag bewilligte den belgischen Erzeugnissen in den

englischen Kolonien dieselbe Behandlung wie den englischen Erzeugnissen. Der gekündigte deutsch-englische Vertrag war am 1. Juli 1865 in Kraft getreten und zunächst bis zum 30. Juni 1877, also auf 12 Jahre abgeschlossen. Von da an sollte er jährliche Dauer bis zur Kündigung seitens eines der Vertragsschließenden haben. Am 30. Juli 1898, dem Tage, wo er außer Kraft tritt, war er 33 Jahre in Gültigkeit.

Der Vertrag ist ein Meistbegünstigungsvertrag. Er umfasst acht Artikel, unter denen der fünfte bestimmt, daß jede Begünstigung, jedes Vorrecht oder jede Ermäßigung in dem Tarife der Eingangs- und Ausgangsabgaben, die einer der Vertragsstaaten einer dritten Macht zugestehen möchte, gleichzeitig und ohne Bedingung dem anderen zu Theil werden muß. Im Artikel 7 ist festgesetzt, daß alle materiellen Bestimmungen des Vertrages auch auf die britischen Kolonien und die auswärtigen Besitzungen Anwendung finden. In diesen Kolonien und Besitzungen sollen die Erzeugnisse der Staaten des Zollvereins keinen höheren oder anderen Eingangsabgaben unterliegen, als die gleichartigen Erzeugnisse von Großbritannien und Irland und umgekehrt. Diese Bestimmung hat den Anlaß zur Kündigung des Vertrages gegeben.

Der „Nordd. Allgem. Btg.“ zufolge hat der englische Botschafter in Berlin, als er im Namen seiner Regierung dem Auswärtigen Amt die Kündigung übermittelte, zugleich Vorschläge wegen Verhandlungen über einen neuen Vertrag gemacht.

Auch die englischen Zeitungen lassen den Wunsch nach Abschluß eines neuen Handelsvertrages durchblicken. Der „Standard“ versichert, England wolle weder einen Reichszollverein schaffen, noch Weitervergeltung gegen feindselige Tarife üben. Die „Times“ schreibt:

„Indem wir den Handelsvertrag mit Deutschland kündigen, sichern wir unseren Kolonien die Freiheit zur Ordnung ihrer Finanzen, was ihnen bisher einigermaßen erschwert war. Wir können uns auf einige ärgerliche Auseinandersetzungen seitens der deutschen Presse gefaßt machen, aber selbst wenn unsere deutschen Freunde ungünstlicher Weise die Ansicht hegen sollten, daß wir den Abschluß eines neuen Handelsvertrages mit Deutschland nicht zu erwarten brauchen, so können wir ihnen die Versicherung geben, daß wir diese Entbehrung mit Tapferkeit ertragen werden.“

Trotz der wenig freundlichen Ausdrucksweise der „Times“ ist aus der Auslassung doch zu schließen, daß England bei der Aufkündigung der Verträge mit Deutschland und Belgien thätlich nur seinen Kolonien freie Hand verschaffen wollte und unter Beibehaltung seiner bisherigen Wirtschaftspolitik bereit ist, neue, nur für England selbst bindende Handelsverträge abzuschließen.

Jedenfalls hat England an dem Zustandekommen eines neuen Vertrages mit Deutschland mindestens ein ebenso großes Interesse wie wir. Für Deutschland kommt besonders die beträchtliche Einfuhr englischer Eisenfabrikate sowie der englische Kohlenimport in Betracht, der im Jahre 1896 4 511 344 Tonnen betragen hat. Was Englands Interesse an dem Waarenaustausch mit Deutschland angeht, so bildet namentlich Zucker einen hervorragenden Ausfuhrartikel. Von den 18 Mill. D.-Ctr. Rohzucker, die im Deutschen Reich hergestellt werden und wozu rund 12 Millionen Tonnen Rüben Verwendung finden, können bei einem Verbrauch von 12 Kilogramm Konsumzucker gleich 14 Kilogr. Rohzucker pro Bevölkerungskopf, nur etwa 7 1/2 bis 8 Millionen Doppelcentner im Inland abgesetzt werden, so daß 10 Millionen Doppelcentner Rohzucker auf den Export angewiesen sind. Die Ausfuhr von Zucker (Roh- und Raffinade-Zucker) hat betragen im Jahre 1889 5,2 Millionen Doppelcentner; im Jahre 1892 6,1 Millionen Doppelcentner; im Jahre 1894 8,3 Millionen Doppelcentner und im Jahre 1896 9,9 Millionen Doppelcentner im Werthe von 236 Millionen Mark. Davon entfiel 1896 eine Ausfuhr nach England an Konsumzucker von 3 043 760 Doppel-Centner im Werthe von 84 Millionen Mark und an Rohzucker von 45 Millionen Mark. Von der Wollwaarenausfuhr gingen 1896 19,5 Millionen nach England, während wir von dort für 37,5 Millionen Mark roher Wolle bezogen. Der Baumwollzeug-Export geht hauptsächlich zum Weiterverkauf nach Großbritannien, von wo wir für 50 Mill. Mark Baumwollgarne feinerer Nummern bezogen. Auch für Halbseidenwaren, von denen für 77 Millionen ausgeführt wurden, ist Großbritannien der beste Kunde, desgleichen für Kleider und wollene Leibwäsche, von denen England im vorigen Jahre für 40 Millionen Mark aus Deutschland einfuhrte.

Die Kündigungsfrist von einem Jahr giebt reichlich Raum für Verhandlungen zwischen England und Deutschland über neue Vereinbarungen. Voraussetzlich wird ein neuer Handelsvertrag abgeschlossen werden, da kaum anzunehmen ist, daß die englische Regierung einen völligen Bruch mit den bisherigen Traditionen der englischen Wirtschaftspolitik vorziehen will. Die Ansicht leitender politischer Kreise in Berlin giebt anscheinend eine Meldung der „Allg. Btg.“ aus Berlin wieder, wonach man hier die englische Kündigung im Allgemeinen sehr ruhig beurtheilt, da man dabei von der Auffassung ausgeht, daß bei den Handelsbeziehungen beider Länder beiderseitige Interessen obwalten und daß England ebenso gut am beiderseitigen Handel interessiert ist wie wir.

Fürst Hohenlohe ist am Sonntag in Berlin eingetroffen, wir erwarten, schreibt der „Vorwärts“, daß er

wegen der zahlreichen unerledigten Versprechungen den ihm nachgeordneten preussischen Ministern klare und entschiedene Winke giebt und daß er den Bundesrath veranlaßt, zu einer Sitzung zusammenzutreten, um die Beschlüsse des Reichstags vom 20. Mai endlich zu ratifizieren. Wir wüßten wenigstens nicht, was wichtigeres einem Staatsmann, der auf einen guten Namen und auf ehrenhafte Nachrufe bei seinem Abgange etwas hält, erscheinen kann als die endliche Einlösung eines schon vor langer Zeit gegebenen Versprechens.

Bei aller politischen Gegnerschaft zum Fürsten Hohenlohe können wir doch nicht annehmen, daß er sich den Anschauungen der von Stumm subventionirten „Saar- und Bliess-Zeitung“ anpassen würde. Dieses würdige Blatt schreibt:

„Die preussische Regierung hat nun durch Vorlage der Vereinseignenovele das von dem Herrn Reichskanzler gegebene Versprechen in loyalster Weise eingelöst, ist aber an der Ausführung desselben durch den ablehenden Beschluß des Abgeordnetenhauses verhindert worden. Es bleibt somit alles beim alten, das heißt das Verbot für politische Vereine, unter einander in Verbindung zu treten, bleibt bestehen.“

Außer der Stumm-Prese hat kein deutsches Blatt, selbst kein offizielles, gewagt, dem Reichskanzler eine derartig infantile, jesuitische Anlegungskunst zuzumuthen. Die vom König an der Saar und Bliess unabhängige Presse hat in dieser Frage sich auf den von uns eingenommenen Standpunkt gestellt. Wir wollen bloß die „Frei. Btg.“ zitieren, die einen Leitartikel, der diese Frage behandelt, folgendermaßen schließt:

„Das Nothvereinsgesetz enthält nur das, was die verbündeten Regierungen zu erfüllen versprochen haben. Gerade umgekehrt wäre es mit der Würde der verbündeten Regierungen unvereinbar und für ihr Ansehen verberblich, wenn sie auch jetzt wieder ihre Zusätze zu haltlosen Vorwänden und dialektischen Kunststücken nähmen, um der Erfüllung eines gegebenen Versprechens auszuweichen.“

Für ein Kartell, wie es 1887 zu Deutschlands Schaden durch Bismarck geschaffen wurde, tritt der Herzog von Lauenburg von Zeit zu Zeit wieder ein. Bei dem am letzten Sonnabend in Friedrichruh stattgefundenen Empfange des Bundes der Landwirthe, betonte Bismarck die Nothwendigkeit des Schutzes der nationalen Arbeit, er hob hervor, daß, um dieses Ziel zu erreichen, Anhänger der verschiedensten politischen Parteien heranzuziehen seien unter Betonung des Grundsatzes: „La recherche de la fraction est interdite“ (die Nachforschung nach der früheren Fraktionszugehörigkeit ist untersagt.)

Wir haben zwar eine sehr niedrige Meinung vom deutschen Bürgerthume, aber doch nicht eine so tiefe, daß wir annehmen, daß es sich unter der Führung des Dr. Diederich Hahn und unter dem Protektorate der Pöb- und Dr. Mörike zum Kampf gegen die Sozialdemokratie zusammenschließen werde.

1887 waren die politischen und wirtschaftlichen Vorbedingungen für das Kartell andere, als 1897. Hieran ändern die Erinnerungen eines alten Mannes der verfloffenen schönen Tage nichts.

Dem Centrum „in's Gewissen“ redet die „Kreuzzeitung“. Sie erklärt, es zu verstehen, daß die liberale Bourgeoisie den konservativen Grundprinzipien ablehnend und feindlich gegenüberstehe, aber nicht begreifen zu können, daß sich das Centrum daran betheilige und „in wirtschafts-politischen Dingen an einem Strange mit den anti-konservativen Richtungen zieht.“ Das Junterorgan führt dazu aus:

„Darin liegt gar kein Verstand, entspricht auch in keiner Weise den Centrumstinteressen selbst. Welche vernünftige Partei kämpft denn gegen die Kreise, aus denen sie sich rekrutirt, gegen die „raison d'être“ ihres Bestandes? Im Centrum legt man so viel Werth auf die kirchlichen Interessen, aber in dem vorliegenden Falle wird dieser Maßstab bei Seite gelegt, denn sonst müßte man zu dem grade entgegengesetzten Resultat kommen. Nach der neuesten Berufsstatistik fanden auf Grund der Zählung vom 14. Juli 1895 in der Landwirtschaft ihren Erwerb von je 100 Katholiken 37,06, Evangelischen 32,96 und Juden 1,03. Relativ sind also in der Landwirtschaft die Katholiken am stärksten, die Juden am schwächsten vertreten. Schon dieserhalb hat das Centrum einen besonders triftigen Grund, agrarisch zu sein; es will doch die Interessen seiner Wähler vertreten. Ferner zeigt die Wahlfaktistik, daß die sichersten Hochburgen des Centrums die ländlichen katholischen Wahlkreise sind und noch mehr; genau in derselben Proportion wie die Volkszahl der Städte wächst, nimmt die Kirchen- und Centrumstreue der katholischen Bevölkerung ab. Die größte katholische deutsche Stadt — München — entsendet zwei Sozialdemokraten in den Reichstag. Ueber Berlin, das 200 000 Katholiken zählt, finden sich in den Centrumsbülletten fortwährend lebhaftest Klagen hinsichtlich des Indifferentismus der Bevölkerung. In kleineren Städten, wie Koblenz, Trier, Münster usw., ist es viel besser, aber ganz gut werden die Verhältnisse im Sinne der katholischen Kirche erst auf dem platten Lande. Da wird oft in ganzen Dörfern und Kreisen kaum eine einzige liberale oder sozialdemokratische Stimme abgegeben. In diesem Sinne wäre es gewiß die richtige Centrumspolitik, den Bauernstand, das solide Fundament des Centrums, zu stützen und zu erhalten. Wenn also das Centrum auch in Fragen, wie das Vereinsgesetz, mit der Linken geht, müßte es in wirtschafts-politischen Dingen stamm die Konservativen unterstützen; es müßte Front machen gegen die Großstadtpolitik, und dem „Buge in die Stadt“ entgegenzutreten, es müßte die ländliche Bevölkerung, die Wurzeln seiner Kraft, mit allen Mitteln wirtschaftlich zu heben suchen. Kirchliche — oder wenn man will „ultramontane“ Erwägungen sind es gewiß nicht, die das Centrum in dieser Frage an die Seite der Linken treiben. Der gefährlichste Feind der Kirche beider Konfessionen ist die Großstadtlust, und in diesem Sinne hat früher der Abg. Jul. Bachem unter dem Beifall seiner Freunde von dem „Wasserlopp“ Berlin gesprochen. Wenn die Herren das früher begriffen haben — warum sehen sie es jetzt nicht mehr ein?“

Eine recht plumpe Demagogie, mit der hier das Junterorgan die Centrumspartei für die wirtschafts-politischen Interessen der Konservativen einzufangen versucht. Das Centrum würde bei der Masse der katholischen Bauern mit einer Empfehlung der Agrarpolitik des Ostelbierthums gewiß kein Glück haben. In Süddeutschland, besonders in Baiern, wollen die katholischen Bauern

überhaupt nichts mehr vom Centrum wissen, weil es schon viel zu viel jene Politik unterstützt hat. Gewiß ist das Centrum der Großstadtlust nicht minder feindlich, als der Konservatismus, aber es findet sich mit diesem „nothwendigen Uebel“ doch einigermaßen resignirt ab. Die Ermahnung der „Kreuzzeitung“ dürfte nicht den gewünschten Eindruck auf die Herren Bachem und Genossen machen.

Auf die Mittheilungen des Abgeordneten Schoof, an die „Hannov. Tagesnachr.“, die von allerlei Indiscretionen wimmelt, antwortet die „Nat.-Lib. Korr.“: „Der Abg. Schoof hat das Bedürfnis gehabt, sich wegen seines Ausschlusses aus der nationalliberalen Fraktion des Abgeordnetenhauses vor seinen hannoverschen Landsleuten zu rehabilitiren. Zu diesem Zwecke bezieht er sich, nach dem Berichte der „Hannov. Tagesnachr.“, auf eine lange Reihe angeblicher Vorkommnisse aus der nationalliberalen Fraktion, die theils mehr als fünf Jahre zurückliegen. Wir lassen auf sich beruhen, daß Herr Schoof alles so lange ruhig mit angesehen hat. Wir verweisen zunächst darauf, was allen Fraktionen als Ehrensache gilt, daß kein Mitglied auch nach dem Ausscheiden berechtigt ist, sich einseitig ohne Anlaß von der ihm obliegenden Discretion zu entbinden. In dem vorliegenden Fall entfällt indessen der Vorwurf eines Mißbrauchs des Vertrauens, weil auch die vorliegenden Angaben dieselbe Gedächtnistrene verrathen, mit der Herr Schoof den bekannten Ausspruch: Wamhoff könnt wie nich bruten, öffentlich in Uebrede gestellt hat. Dies ergibt sich schon aus folgenden Beispielen. Er erzählt, bei der Wahl des Abg. Dr. Krause zum Vizepräsidenten habe sich mehrfache Unzufriedenheit kundgegeben, weil Krause einem „alten würdigen Herrn“ vorgezogen worden, der dann in aller Stille aus der Partei ausgetreten sei. Dabei ist verschwiegen, daß damit der Abg. Haacke gemeint ist, der bald darauf zur konservativen Partei übergetreten ist. Weiter hat er vorgebracht: „Als die nordhannoverschen Wähler dem Fürsten Bismarck durch die Reichstagswahl ein Vertrauensvotum geben wollten, bemerkte damals Abg. Dr. Krause in der betreffenden Fraktionsführung: „Ein Mann, der schon am Krüchstock geht, gehört nicht mehr in den Reichstag,“ was damals Herrn v. Cynern noch so empfand, daß er protestirend dagegen sich aus der Sitzung entfernte.“ Wir sind von zuständiger Seite ermächtigt, dies ausdrücklich als direkte Unwahrheit zu kennzeichnen. Auf die übrigen Ausführungen zurückzukommen, erübrigt sich so lange, bis Beweise dafür vorliegen, daß die Glaubwürdigkeit des Herrn Schoof sich in neuester Zeit vergrößert hat.“ — Das ist ja recht hübsch! Aber — man verzeihe die Frage — haben denn die Nationalliberalen in der langen Zeit den Schoof nicht zu durchschauen vermocht?

Gegen den Antisemitenhäuptling Liebermann von Sonnenberg setzt der Redakteur der „Deutschen Reform“ in Hamburg v. Mosch seine Angriffe in der heftigsten Weise fort. Er nennt den Einfluß Liebermanns einen unheilvollen, weil er die Partei beständig nach rechts gezogen hat und stets weiter ziehen wird, weil er uns stets als Anhängsel an den gründlich in den Schlamm gefahrenen konservativen Karren anzuhängen bemüht war, und das selbe traurige Spiel heute mit dem „Bund der Landwirthe“ treibt. Daß er dieses alte Spiel aber heut treiben darf, während seine Fraktionsgenossen mit der Gründung von Bauernbänden und mit scharfen Angriffen gegen den „Bund der Landwirthe“ vorgehen, — das muß uns in den Augen der politischen Welt geradezu lächerlich und verächtlich machen! Was ist das für eine Partei, deren Abgeordnete in solchen Grundfragen direkt gegen einander arbeiten?!“ Mosch fordert, daß dem Abg. Liebermann von Sonnenberg der Laufpaß gegeben wird.

Das Resultat der Bezirkstagswahlen im Ostanton Straßburg ist ein für die sozialdemokratische Partei unerwartet günstiges. Wie bereits mitgetheilt, sind durch die reaktionären Bestimmungen des neuen Wahlgesezes für die drei reichsständischen Bezirkstage diesmal eine ganze Anzahl von Bürgern ihres Wahlrechts beraubt worden, die bei der Nachwahl im Januar v. J. noch wahlberechtigt waren. Die Zahl derselben wird selbst von bürgerlichen Zeitungen auf mindestens 700 geschätzt, von denen sicher zwei Drittel der Sozialdemokratie zugurechnen sind. Trotzdem hat die Stimmenzahl unseres Kandidaten Böhle nicht unerheblich zugenommen. Es erhielten:

Am 12. Januar 1896	
Meß (gouvernemental)	1575 Stimmen
Schmuck (liberal-demokratisch)	668 "
Böhle (Sozialdemokrat)	1570 "
Am 1. August 1897	
Bosch (gouvernemental)	956 Stimmen
Masson (klerikal)	678 "
Schmuck (liberal-demokratisch)	376 "
Böhle (Sozialdemokrat)	1656 "

Während also diesmal getrennt marschirenden Gouvernemenalen und Klerikalen ihre frühere Stimmenzahl ziemlich genau wieder erhalten haben, ist Herr Schmuck, der Kandidat der in der „Bürgerztg.“ ungemein großsprecherischen „Liberal-Demokratie“, total heruntergefallen. Die Chancen des zweiten Wahlganges, der am nächsten Sonntag stattfindet und bei welchem jeder der heute aufgetretenen Kandidaten sich wieder zur Wahl stellen kann, sind, da dann das relative Mehr entscheidet, für unsere Partei derart günstige, daß an dem Siege Böhles nicht mehr zu zweifeln ist.

Ueber die Wirkungen des 8mm Gewehres konnte man anlässlich der letzten Straßenschießerei in Danzig

interessante Studien machen. Der „Königsberger Volks-Tribün“ wird hierzu aus Danzig geschrieben:

„Schredlich waren die Durchgangsöffnungen des Projektils durch die Plafonds anzu sehen, die Eintrittsöffnung zeigte ein etwas längliches Loch, während die Austrittsöffnung in kaum zu glaubender Weise auseinander gerissen war und einen bedeutend größeren Durchmesser zeigte.“

### Belgien.

Aus dem Kongostaat. Ein ehemaliger deutscher Unteroffizier, der gegenwärtig in Diensten des KongoStaats steht, hat an seine Angehörigen in Berlin einen Brief gerichtet, der alle bisher über die Kongo-Greuel gemachten Enthüllungen in vollem Umfange bestättigt. Wir entnehmen dem Schreiben, das in der „Tägl. Abch.“ veröffentlicht wird, das Folgende:

„Wenn mein Kontrakt nicht bald abgelassen wäre, sondern vielleicht noch ein Jahr Kraft hätte, aber dieses eine Jahr mir unter der Bedingung geschenkt würde, daß ich in der algerischen Fremdenlegion dafür zwei Jahre dienen müßte, ohne jedes Verlangen nähme ich sie an und würde meinem Schöpfer danken, daß ich wenigstens aus einem Lande herankäme, wo Kultur und Zivilisation Hand in Hand mit Massenmord und Raub gehen. Um Euch nicht zu ängstigen und mich nicht als „am Fieber verstorben“ melden zu lassen, verschwieg ich Euch in meinen Briefen, von welcher furchtbaren geist- und ungeschicklichen Schandthaten ich Zeuge war, und wie viel Morde und Todtschläge von einem Offizier oder Unteroffizier der kongoleischen Armee wohl verlangt werden, um sich sein vornehmliches Gehalt selbst einzutreiben. Dieser Brief geht mit einem englischen Schiff, vorher erbrochen kann er nicht werden, deshalb eine kleine Probe:

Die ersten vier Monate erhielt ich mein Gehalt ziemlich regelmäßig und führte bei der guten Verpflegung ein ganz angenehmes Leben, dann kam meine Abkommandierung nach dem oberen Kongo. Schon auf der wochenlangen Stromfahrt bekam ich Gewaltthatigkeiten belgischer Beamten zu schauen, die meinen Kroschm und die Freude an den majestätischen Naturschönheiten stark dämpften. Bei meiner Ankunft empfing mich der Kommissar und gab mir sogleich Instruktionen, die mir als erste Aufgabe stellten, mit meinen Soldaten der Station so viel Eisenblech und Kautschuk zu liefern, wie nur aufzutreiben sei.

Zust ununterbrochen bestand ich mich von nun ab auf Expeditionen, die alle nur Verschaffung jener kostbaren Produkte bezweckten. Während des eines Jahres meines dortigen Kommandos wurden über zwanzig Dörfer zerstört, deren Bewohner in den Urwald geflohen waren, weil sie die ihnen auferlegten Steuern nicht aufbringen konnten. Da ich soviel wie nur möglich Grausamkeiten zu verhindern suchte, wurde ich zu keinen selbstständigen Expeditionen mehr verwendet, die Steuern erzielten führten nunmehr zwei Vatelata-Unteroffiziere aus.

Mit Kautschuk und Eisenblech reich beladen, kehrten sie stets zurück und legten zu ihrer Entschuldigung, daß es nicht mehr sei, regelmäßig ein bis zwei Dutzend abge schlagen e rechte Menschenhände von „widerständigen“ Eingeborenen oben auf. Jene Hände waren über einem Holzfeuer gebrütet, damit sie unterwegs nicht verwesen konnten.

Auf diese Weise sind auf dem Stationsgebiet in einem Jahre an 200 Menschen verblühtet worden, hierbei wurden weder Frauen noch Kinder gespart. Furchtbar ist das traurige Loos der armen Eingeborenen. Ohne nach der Einwohnerzahl sich zu richten, wird einem Dorf die Aufbringung von so und so viel Kautschuk befohlen, und hinaus ziehen die armen Geschöpfe in den Urwald, denn ihre Gegend ist ausgezogen. Bis an die Hüften im Sumpf wadend, schneiden sie Rinde auf Rinde an und sammeln den tropfenweise herausquellenden Kautschuk. Zu Hunderten werden diese Leute von dem tödlichen Sumpffieber hinweggerafft oder sie fallen den reißenden Raubtieren zum Opfer.

Dem Wahnsinn nahe brachte mich eine That, die ich, sowie ich europäischen Boden unter den Füßen habe, unter Erinnerung der Beteiligten an maßgebender Stelle anbringen werde. Am 4. Februar d. J. erreichte unsere 120 Mann starke Expedition eine herrlich gelegene große Ansiedlung, die bisher unbekannt geblieben war. Die Einwohner wurden durch vorgezeigte Tauschwaren sicher gemacht und schleppten auch ihrerseits bald Tauschprodukte heran. Vorsichtigerweise hatten die Männer ihre Waffen bei sich behalten, es nützte ihnen aber doch nichts. Einige derselben widersetzten sich der Aufforderung, Kautschuk herbeizubringen, es entstand eine kleine Bewegung dadurch. Da, ein Zeichen: die Gewehre unserer Soldaten, nein, richtiger gesagt, unserer Häupterbande fliegen hoch, und im Nu wälzen sich Dutzende der Eingeborenen, von den Kugeln der Vatelatas getroffen, am Boden in ihrem Blute. Der Ort wurde gepflündert und ging in Flammen auf.

An Leib und Seele krank, kam ich nach Leopoldville, und hier sollte ich eine Aufklärung bekommen, daß man von Vatelata-Soldaten nur Mord und Raub erwarten kann. Der Staat braucht alljährlich an 4000 Mann, freiwillig melden sich keine, da sie keine Wohnung erhalten, sie müssen also gewaltam abgebracht werden. Nach langer beschwerlicher Bootsfahrt (Stromabwärts) treffen hier täglich Hunderte unterwegs halb verhungerte Leute ein und sollen auf dem Landwege nach Boma zwecks ihrer Ausbildung transportiert werden; sie sind jedoch so schwach und entkräftet, daß sie täglich dabenweise sterben. Mit Bestimmungslösen, Galbotten zusammen werden die Leichen in einen Kahn gepackt und in der Mitte des Stromes über Bord geworfen. In einer Woche wurden auf diese Weise 112 Mann den Klüften des Kongo übergeben. Die von Hanse aus grausamen, dem Kanibalismus noch frühmündenden Vatelatas werden durch die ihnen erwiesene Behandlung zu Bestien erzogen und — ohne Uebertriebung — von befechtlichen Vorgesetzten zum Morden aufgemuntert. Das jetzige Regierungssystem ist der Ruin des KongoStaates, er wird entblühtet und durch das unerhörte Raubsystem ausgezogen und wirtschaftlich zu Grunde gerichtet.“

Alles, was hier erzählt wird, ist nicht neu. Ähnliche Enthüllungen sind schon wiederholt gemacht worden. Aber irgend welche Wirkungen haben die Enthüllungen bisher nicht hervorgebracht.

### Griechenland.

Die türkisch-griechischen Friedensverhandlungen, die von der europäischen Diplomatie geführt werden und wobei die Beteiligtesten eigentlich „nir zu seggen“ haben, sind zwar noch nicht vollständig zum Abschluß gelangt, indessen ist deren baldige Beendigung zu erwarten. So viel ist sicher, daß die Großfinanz den einzigen Vortheil von dem kurzen Kriege haben wird. Um nur ein Beispiel anzuführen: Die Griechische Nationalbank hat dem Staat während des Krieges große Summen zur Kriegsführung geliehen; der Staat schuldet ihr jetzt 141 Millionen Drachmen. Die Hälfte hiervon bestand in Noten der Bank, die durch Gold natürlich nicht gedeckt sind, der Bank also nichts weiter als Druck und Papier kosten, trotzdem aber die vollen Zinsen einbringen; denn der Staat hat sich zur vollen Zinszahlung

der Bank gegenüber verpflichten müssen. Unter solchen Umständen betrug der Gewinn der Nationalbank im Kriegeshalbjahr, wo alle Geschäfte stagnirten, 4900 000 Drachmen, das ist 600 000 Drachmen mehr, als im vorhergehenden Halbjahr. Es giebt also auch in Griechenland Leute, die den „Patriotismus“ mit den Interessen des Kapital zu vereinigen wissen.

### Amerika.

Aufreizende Thatsachen aus den Vereinigten Staaten. Thomas G. Sherman berechnet in einem Artikel, den er kürzlich in der angesehenen bürgerlichen Revue „Forum“ veröffentlichte, daß weniger als 45 000 Personen die Hälfte des ganzen Reichthums des Landes besitzen und daß zwei Drittel des ganzen Nationalreichthums sich in Händen von einem Siebzigtel des Volkes befinden.

Sherman führt die großen Vermögen der Astor's, Vanderbilt's, Rockefeller's u. s. w. an und zeigt zunächst, daß unter den rund 13 Millionen Familien des Landes sich 70 befinden, welche zusammen über 10 400 Millionen Mark besitzen, also weit mehr als den dreifachsten Theil des Nationalvermögens. Es befinden sich 8590 Familien im Lande, deren Vermögen durchschnittlich über 4 1/2 Millionen Mark beträgt. Was sind aber 8590 Familien der Gesamtzahl von mehr als 13 Millionen gegenüber? 182 200 Familien besitzen zusammen nahezu 180 Millionen Mark. Das ist das Siebzigtel, welches zwei Drittel des gesammten Nationalreichthums besitzt. Die anderen 12 1/2 Millionen müssen sich in die übrigen 81 Millionen Mark theilen. Da unter diesen 12 1/2 Mill. immer noch jene sind, welche weniger als 4 Millionen Mark besitzen, so begreift sich's ja wohl, daß eine ungeheuer große Zahl dem absoluten Nichts gegenüber stehen muß.

Es ist klar, daß das Zustände sind, bei welchen ein Gemeinwesen nicht auf die Dauer bestehen kann, selbst dann nicht bestehen könnte, wenn auch nicht, wie es unter heutigen Verhältnissen der Fall ist, der Reichthum durch seine eigene Kraft sich auf Kosten des Arbeiters stets vermehren würde. Denn die einmal bestehende Klust muß sich von selbst immer vergrößern und kein Volk, das auf der Höhe heutiger Kultur steht, wird eine solche Klust sich bis ins Unendliche ausdehnen lassen.

### Lübeck und Nachbargebiete.

3. August.

Zuzug ist fernzuhalten von Tischlern und Töpfern nach Rostock, Schlossern und Maschinbauern nach Dänemark.

Wahung Holzarbeiter! Nach den Wübbefabriken von Gehl. Wasserstradt, W. Senff, H. M. Th. Bahrst, J. P. H. Kamperin, F. Schramm, sowie Demuth u. Co., ist der Zuzug streng fernzuhalten. Anfragen u. s. w. sind zu richten an D. Rohde, Leberstraße 3. Die Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Die Lohnkommission der Holzarbeiter.

Ein partieller Bauarbeiterstreik droht auszubrechen. Seitens der Bauarbeiter sind an die Unternehmer bestimmte Forderungen gestellt. Sollten bis heute Abend dieselben nicht bewilligt werden, so dürfte morgen ein theilweiser Ausstand erfolgen. Eine Anzahl Unternehmer wird jedenfalls es zu einem Streik nicht kommen lassen. Näheres morgen.

Die Verhandlungen vor dem Einigungsamt haben zu einem Resultat nicht geführt. In der gestern stattgefundenen Sitzung erklärte zunächst Herr Schramm Namens der Arbeitgeber, daß nach sorgfältigster Erwägung aller in Betracht kommenden Momente in eine Verkürzung der Arbeitszeit wegen der damit verbundenen überaus schweren Schädigung der hiesigen Wübbelindustrie nicht eingewilligt werden könne. Die Forderung sei für sie nach wie vor unannehmbar. Dagegen seien die Fabrikanten bereit, alle während des aufgezwungenen Kampfes (?) ihrerseits gemachten Zugeständnisse aufrecht zu erhalten und machten im Uebrigen den Vorschlag, den Kampf zu den 1. J. in Kiel vor dem Einigungsamt stipulirten Bedingungen zu beendigen. Es soll danach ein Normallohn für Fabrikarbeit von 38 Pfg., für Bauarbeit 40 Pfg., an untüchtige natürlich weniger, jedoch nicht weniger als 35 Pfg., und für Drechsler 34 Pfg. pro Stunde gezahlt werden. Diese Abmachungen sollen bis 1. Oktober 1898 gültig bleiben und gelten als gelöst, wenn 3 Monate vor Ablauf der Frist Kündigung durch schriftliche Anzeige bei dem Herrn Vorsitzenden des Einigungsamtes erfolgt. Krull erklärte für die Arbeitnehmer, daß sie an der Forderung des 9 1/2 stündigen Arbeitstages unbedingt festhielten, jedoch andererseits insofern noch weitere Concessionen machen wollten, als sie auf den Normallohn von 38 Pfg. verzichten würden, falls ihnen bei 9 1/2 stündiger Arbeitszeit der früher bei 10 stündiger Arbeit verdiente Lohn zugesichert würde, was einem Aufschlag von 5 Procent gleichkäme. Auch sei der Aufschlag für Accordarbeit zu streichen und der Aufschlag für jegliche irreguläre Arbeit allgemein auf 25 Procent zu normiren. Nach diesen Erklärungen machte das Einigungsamt zwei Vermittlungsvorschläge. Erstens: Die Lohnfrage wird geregelt, die Frage der Arbeitszeitverkürzung bleibt offen und wird durch einen gemeinsamen aus je 3 Delegirten bestehenden Ausschuß geregelt. Zweitens: Die Arbeit wird bei 10 stündiger Arbeitszeit einstweilen aufgenommen, jedoch erfolgt die Einführung der 9 1/2 stündigen Arbeitszeit spätestens mit Jahres schluß. Nach 1/4 stündiger Berathung erklärten die Arbeitgeber sich für den ersten, und gegen den zweiten Vorschlag, die Arbeitnehmer gegen den ersten und für den zweiten. Somit war das Einigungsamt zu der Erklärung ge-

zwungen, daß die Verhandlungen als resultatlos und der Einigungsversuch als gescheitert zu betrachten sei. — Wir haben dies vorausgesehen. Das Verhalten der Unternehmer würde als geradezu unbegreiflich zu betrachten sein, könnte man nicht mit fast absoluter Sicherheit annehmen, daß eine höhere Kraft als die einfache Wahrnehmung ihres persönlichen Vortheils treibend hinter ihnen stände. Die Arbeitnehmer sind ihnen u. E. weit über die Grenze des zulässigen entgegengekommen, sie haben dies nur thun können in der Erwartung, daß die Innung und die sonstigen Meister den Motiven ihres Verhaltens billig Rechnung tragen würden, — sie haben ein Entgegenkommen nicht gefunden. So müssen die Dinge denn ihren Gang gehen, wenn nicht etwas Unerwartetes eintritt. Daß die Position der Streikenden ungünstig ist, beweisen die stattgehabten Verathungen. Es ist von dem Urtheil der öffentlichen Meinung die Rede gewesen. Wir wiederholen; dieses ist längst zu Gunsten der Arbeiter gefüllt. Diese haben auch jetzt wieder bewiesen, daß sie ethisch zum Frieden bereit sind. Ihnen jetzt eine leibungslose Demüthigung zumuthen, oder die im ersten Vorschlage enthaltene Wiederbestellung des Status quo, hieße Unmögliches verlangen. Man hat, pochend auf den Pyrrhusieg im Thiel'schen Streik, pochend auf die Uebermacht des im Arbeitgeber-Verband localisirten Unternehmertums den Kampf bis auf das Aeußerste getrieben, treibt ihn noch bis auf das Aeußerste — da mögen auch die verantwortlichen Leiter die Folgen tragen. Wir rathen nochmals den Arbeitgebern zum Nachgeben. Es ist weder ihr noch der Gesellen Schade. Der Vorschlag 2 ist Acceptabel und bürgt für eine friedliche Lösung.

Poliere und Postengesellen. Unter den hiesigen Zimmerern macht sich eine Bewegung bemerkbar, welche bezweckt, die dem Verband allein noch fernstehenden Kameraden — es sind dies mehrere sogenannte Poliere und Postengesellen — in die Organisation hineinzuziehen. Die Betreffenden haben dies bisher aus völlig unzureichenden Gründen abgelehnt. Sie haben gesagt, ihre Stellung erlaube es nicht. Das ist hinlänglich! Kein Meister wird sie, wenn sie brauchbare Arbeiter sind, wegen ihrer Zugehörigkeit zum Verbands entlassen, einmal weil er ihre Leistungen zu schätzen weiß, andererseits weil er mit der Organisation rechnet, welche dann heftig hinter ihnen steht. Es soll sogar von Jemandem gesagt worden sein, — wir berichten nach dem „Zimmerer“ — er könne als Mitglied des Verbandes die Interessen des Meisters nicht genügend wahrnehmen. Das ist Thorheit! Ein organisirter Arbeiter muß es als seine Ehrenpflicht betrachten, auch dem Meister gegenüber voll auf seine Pflicht zu thun. Geschieht das, dann kann er auch berechtigte Ansprüche machen. Das Verhältniß zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Baugewerbe in Lübeck ist derart klar geregelt, daß Jeder ganz genau weiß, wie er sich zu verhalten hat. Man soll doch wohl jenes Wort nicht so verstehen, daß der Betreffende als Verbandskollege den ihm unterstellten Kameraden nicht die nötige „Schneidigkeit“ zeigen könne? Das ist überflüssig. Vernünftige Arbeiter müssen auch anständig behandelt werden, thun auch ohne Antreiber ihre Pflicht und tragen der Verantwortlichkeit des Vorarbeiters stets hinlänglich Rechnung. Im Uebrigen sind Poliere und Postengesellen ebenso gut Ausbeutungsobjekte des Kapitals, wie alle andern Arbeiter, und ihre etwas bessere finanzielle Stellung danken sie einzig der Organisation, welcher sie sich theilweise in bedauerlicher Verkennung ihres eigenen Interesses fernhalten. Eine ganze Anzahl ihrer Kollegen sind eifrigste Mitglieder des Verbandes, und Niemand krümmt ihnen ein Haar. Soweit wir orientirt sind, betrachten die in Frage kommenden sich sämmtlich als Sozialdemokraten. Nun, dann haben sie auch in erster Linie die Pflicht, ihren gewerkschaftlichen Vereinigungen beizutreten und mitzusäen, wo sie mühelos ernten. Mögen sie ihrer Pflichten als aufgeklärte Arbeiter eingedenk sein und das Versäumte nachholen. Sie werden sich damit die rückhaltlose Anerkennung aller organisirten Genossen erwerben.

Vom Tage. Gestohlen wurden einer in der Krähenstraße wohnenden Wittve aus einem verschlossenen Eckschrank 70 Mk., in der Brämsenstraße mittelst Einbruchs ein Kleid. — Ueberfahren wurde am Lindenplatz von einer Radlerin ein Schulmädchen. Dasselbe erlitt Hautabschürfungen.

Wieder Einer. In Haft gerieth ein Bäcker knecht, welcher beschuldigt wird, seinem Dienstherrn 57 Mark unterschlagen zu haben, wegen Fluchtverdachts.

Den Offenbarungseid leisteten im Monat Juli nicht weniger als 9 Personen!

Oldesloe. Eine öffentliche Holzarbeiterversammlung fand am Sonntag im Lokale der Wittve Schlüter statt. Genosse Wisse!-Kiel sprach über das Thema: „Was lernen wir aus den Versuchen der Unterdrückung der Arbeiterorganisationen?“ Nach dem einstündigen Vortrage fand eine entsprechende Resolution Annahme.

Samburg. Vier Opfer der Sonntagsfahndung. Ein Unglück auf der Elbe, bei dem vier Arbeiter ihr Leben verloren, hat sich Sonntag wieder einmal auf der Elbe zugetragen. Bekanntlich existiren die gesetzlichen Bestimmungen über die Sonntagsruhe der gewerblichen Arbeiter für die Schiffsmaler so gut wie gar nicht. Sonntag muß seitens der Schiffsmaler im Hafen geschuftet werden, weil es der Unterprofit erfordert und es der Polizei gefällt, die Schiffsmalerei am Sonntag als „Notharbeit“ zu betrachten. So

musste denn auch Sonntag seitens der Schiffsmaler im Hafen frisch, fröhlich und frei gearbeitet werden. Ein mit dreizehn Schiffmalern der Firma Otto Misfeld besetztes Boot, welches am Sonntag Morgen neben dem Dampfer „Cordoba“ der Hamburg-Südamerikanischen Dampfschiffahrts-Gesellschaft im Stranahafen lag und in welchem sich außer den Arbeitern noch ein Sack Cement und ein Faß Mennige befanden, so daß es schwer belastet war, wurde durch den Wellenschlag des Passagierdampfers „Jollenführer 5“ und des Dampfers „Dalmat“ zum Kentern gebracht, so daß die sämtlichen 13 Arbeiter ins Wasser fielen. Neun von ihnen konnten durch eine Hafenspolizei-Barikade gerettet werden, vier fanden ihren Tod durch Ertrinken. Die Ertrunkenen sind der Wize S. Müller, Gr. Bäcker-gang 25, Haus 12, verheiratet und Vater von 4 Kindern, Friedrich Wolff, Hammerbrookstraße 69, 2. Etage, verheiratet, S. Wellmann, Schäferkamp-allee 1, Hinterhaus, erste Etage, verheiratet, sowie Ludwig Urmann, Herrengraben 28, verheiratet. Sämtliche Verunglückte waren Mitglieder des Hafensarbeiterverbandes, Sektion der Schiffsmaler, und haben den Streik der Hafensarbeiter bis zu seinem Ende mit durchgemacht. Bis Sonntag Abend um 10 Uhr waren die Leichen von Wolff und Urmann aufgefunden. Der Letztere sollte noch fünf Monate Gefängnis verbüßen, die ihm aus Anlaß des Streiks zuerkannt worden waren.

Hamburg. Eine öffentliche Versammlung, die Sonntag Mittag bei Tütze tagte, beschäftigte sich mit den neuesten Maßregelungen von Arbeitern im Eisenbahnbetriebe und mit dem Koalitionsrecht dieser Arbeiter. Bereits im März dieses Jahres wurden 20 Arbeiter gemahregelt, die das schreckliche Verbrechen begangen hatten, eine Eisenbahner-Versammlung in Rothenburgsort zu besuchen. In der Versammlung wurde mitgeteilt, daß die Eisenbahnverwaltung um Gründe zu Maßregelungen nicht verlegen sei. Als die Affordarbeiter auf dem Bahnhof S. um Aufbesserung

der Löhne vorstellig geworden seien, habe ein Mann sofort seine Entlassung bekommen. Die Vermuthung, daß jemand dem Verbaude angehören könne, genüge, um den Betreffenden auf Straßpflaster zu werfen. Das Denunziationswesen feiere in diesen staatlichen Musteranstalten seine höchsten Triumphe. Ganz eigenartig seien die Zustände auf den Güterböden. Würden von den Arbeitern der Verwaltung nicht genehme Wahlen vorgenommen, so würden diese einfach umgestoßen. Das Geld, das der Affordklasse zugeführt werde, bilde den Garantiefonds, der der Verwaltung bei Schäden zu Gebote stehe. Trete jemand in das Affordkorps ein, so müsse er 60 Mark in die Kasse zahlen. Werde der Betreffende entlassen, so bekomme er nur die eingezahlten 60 Mark auf die anderen Gelber habe er keinen Anspruch. Eingaben betreffend die Abstellung von Mißständen würden einfach zurückgewiesen, denn die Vorgesetzten bekämen stets Recht. Neuerdings befolge man die Taktik, den Gemahregelten zu erklären, es sei keine Arbeit vorhanden. Einigen Arbeitern wurde gesagt: „Wenn Sie die Versammlung besuchen, dann fliegen Sie raus!“ Und so sei es denn auch gekommen. Allerdings habe die Verwaltung andere „Gründe“ vorgebracht. Das Koalitionsrecht sei den Eisenbahnern vollständig illusorisch gemacht. Große Entrüstung rief die Mittheilung eines Gemahregelten hervor, der einen Vorgesetzten auf die Gefährlichkeit einer Arbeit aufmerksam gemacht hatte, und dem hierauf erklärt wurde: „Wenn Sie heruntergefallen wären, dann wäre auch nichts d'r'an.“ Sämtliche Diskussionsredner erhoben gegen die Maßnahmen der Eisenbahnverwaltung scharfen Protest. Zum Schluß wurde eine Resolution angenommen, welche sich mit den Eisenbahnern solidarisch erklärt, und welche gegen die Praktiken der Eisenbahnverwaltung protestirt. Nachdem die Anwesenden aufgefordert worden, trotz dieser Maßregelungen alle Kräfte anzuspinnen zwecks Ausbaus der Organisation, wurde die Versammlung geschlossen.

Neukloster. Ein Unglücksfall, durch welchen zwei Familien schwer heimgesucht wurden, ereignete sich

Donnerstag auf dem hiesigen Seminar. Der Lehrer H. Weinde aus Rostock wollte hier mit seiner Familie bei seinen Schwiegereltern auf Ferienbesuch. Donnerstag gleich nach Mittag spielten seine beiden Töchter mit der Tochter des Präparandenlehrers Boldt zusammen in dem flachen Wasser nahe am Ufer des Sees. Der Vater, Herr Weinde, lag, in einem Buche lesend, gleichfalls in unmittelbarer Nähe am Ufer. Bei dem Spielen mußten die Kinder in tieferes Wasser gerathen sein, da der Grund des Sees an dieser Stelle bereits auf kurze Entfernung vom Ufer jäh abfällt. Der Vater, durch das Geschrei der Kinder aufmerksam gemacht, stürzte sich sofort zur Rettung in's Wasser, fand aber, obwohl des Schwimmens kundig, von einem Schlaganfall getroffen, wie später durch den sofort herbeigerufenen Arzt konstatiert wurde, sammt den drei Kindern in den Fluthen des Sees seinen Tod. Die vier Leichen wurden nach einiger Zeit durch herbeigeeilte Leute und den hiesigen Fischer geborgen.

**Sternschanz-Viehmarkt.**

Hamburg, 2. August  
Der Schweinehandel verlief träge.  
Rugefahrt wurden 1470 Stück. Preise: Brühnischweine schwere 64-68 Mk., leichte 55-57 Mk., Soneu 42-50 Mk. und Ferkel 40-55 Mk. pr. 100 Stück.

**See-Berichte.**

Dampfer „Alpha“ ist am 30. Juli von Karlskrona in Stettin eingetroffen.  
Dampfer „Storfursten“, Kap. Favotiu, ist am 31. Juli von Neval nach hier abgegangen.  
Dampfer „Vehr Brahe“, Kap. Bergmann ist am 31. Juli von Hangö auf hier abgegangen.  
„Heinrich Ade“ ist am 27. Juli von Stettin nach hier abgegangen.  
Dampfer „Lilau“, Kap. Prähm, ist am 1. August von London nach hier abgegangen.  
Dampfer „Der Preusse“, Kap. Vetsmann, ist am 1. August von Königsberg nach hier abgegangen.  
Der Segler „Salus“ ist nach hier, der Segler „Marie“ nach Stettin von Lissak abgegangen.  
Dampfer „Kant“, Kap. Wulf, ist am 2. August in Neumühlen angekommen.  
Dampfer „Castor“, Kap. U. Albers, ist am 2. August von Rotterdam auf hier abgegangen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber durchaus keine Verantwortung.

Wir ersuchen unsere Leser, diejenigen Geschäfte, welche im Südböden Volksboten inseriren, zu veranlassen und bei event. Einkäufen sich auf unser Blatt zu berufen.

**Zu vermieten ein freundl. Logis**  
Fischergasse 21.

**Ein junger Mann** 23 Jahre alt, sucht Arbeit in einem Geschäft oder als Kutscher. Gute Zeugnisse vorhanden.  
Offerten unter **H B** an die Exped. d. Bl.

**Zu miethen gesucht**  
Parterre-Räume im Vorderhaus oder Hinterhaus mit ungenutztem Durchgang, passend zu größerer **Speise-Wirthschaft**.  
Offerten unter **D 22** an die Expedition d. Bl.

**Zu verkaufen ein fast neuer Anzug**  
(Cheviot). **Bergeest, Tremselamp.**

**Zu verkaufen** Parthie leere Cigarrentisten **Friedr. Nagel, Markt.**  
Eine Parthie geräucherter Landmettwurst Pfd. 60 und 80 Pfg., große frische Gollst. Eier, 6 Stück 30 Pfg., empfiehlt **Carl Ohlert, Königstraße 123.**

**Steingut**  
empfeht billigt **B. Harms,**  
Untertrabe 69, Fischergassen-Ecke.

**Die Schweineschlachtereie**  
von **W. Strohheldt**  
73 Glockengießerstraße 73  
empfeht:

**Frische Hühner, Pfd. 50 Pf.**  
**Schweinefleisch** . . . Pfd. 55 Pf.  
**Parbouda** . . . Pfd. 70 Pf.  
**Quenfleisch** . . . Pfd. 50 Pf.  
**Prima Schmalz** . . . Pfd. 60 Pf.  
**Praten-Schmalz** . . . Pfd. 30 Pf.  
**Supp und Bein** . . . Pfd. 20 Pf.  
**Geräucherter Speck** Pfd. 60 Pf.  
**Gekochte Mettwurst** Pfd. 60 Pf.  
**Geräuch. Mettwurst** Pfd. 70 Pf.

Um gänzlich mit **Kinderwagen** zu räumen, zu sehr billigen Preisen.  
**J. Freelandt, Woffenstraße 1.**

**Visit-Karten**  
auf ff. Elfenbeinkarton  
per 100 Stück von 1 Mk. an  
liefert prompt und sauber  
**Die Druckerei des Lüb. Volksboten,**  
Johannisstraße 50.

**Achtung! Holzarbeiter!**

Heute Dienstag den 3. August 1897, Abends 8 Uhr:  
**Ausserordentl. Mitgliederversammlung**  
im Lokale des Herrn Dürkop, „Central-Hallen“.

**Tages-Ordnung:**  
Bericht über die Unterhandlung vor dem Einigungsamt.  
**Kollegen! Seid alle Mann auf dem Posten!**

Ihre nur aus bestem Hopfen und Malz gebrannten Biere, Lager-, Tafel- und Münchener (nach Münchener Art gebraut), empfiehlt die **Adler-Brauerei.**  
Inh.: **G. Teichgräber.**

**Neue Sendungen**  
in:  
**Bettfedern und Dauen**  
(doppelt gereinigt).  
Wildfedern, Pfd. von 0,38 Mk. an  
Entensfedern „ 1,15 „ „  
Gänse-Nupffedern „ 1,95 „ „  
Dauen „ 2,20 „ „  
**Betten**  
Liefere ich complet schon für:  
**Mark 13,50.**  
Bett-Zulettis, Bett-Bezüge, Bettlaken halte ich in größter Auswahl und nur bewährten Qualitäten am Lager.  
Schlafdecken Bettdecken  
St. von 1,48 Mk. an St. von 1,80 Mk. an  
(Nähen der Bett-Zulettis gratis.)  
**Otto Albers**  
Lübeck, Kohlmarkt 13.  
Baarverkaufslokal für Manufacturwaaren.

**Reste spottbillig!**  
1/4 breite Buchslein-Reste jetzt ganzes Meter 90 Pfg. bis Mk. 1,40.  
**D. Wallach**  
Inh.: **J. S. Kleve.**  
Jetzt: Untertrabe 9 bei der Gr. Altesfähre.

**Quartett-Verein „Amicitia“**  
Bei der Tombola am 2. August im Concordiagarten wurden folgende Loosnummern mit Gewinnen gezogen:  
10 18 24 72 74 80 88 97 107 140 178 213  
239 241 261 285 327 333 355 368 379 393  
409 423 469 492 508 516 521 536 578 599  
603 622 641 656 663 667 672 686 785 794  
807 815 817 821 850 851 874 886 890 905  
920 946 974 978 989 1049 1070 1148 1149  
1159 1218 1226 1271 1333 1354 1401 1418  
1426 1433 1447 1462 1471 1523 1536 1548  
1570 1582 1583 1586 1595 1603 1606 1616  
1621 1665 1691 1726 1743 1762 1800 1844  
1855 1909 1917 1939 1950 1964 1997 2006  
2057 2093 2139 2150 2190 2202 2209 2239  
2247 2261 2266 2287 2289 2329 2391 2435  
2437 2438 2463 2478 2491 2527 2542 2563  
2564 2590 2609 2615 2626 2639 2666 2720  
2721 2746 2766 2790 2808 2821 2828 2869  
2873 2924 2927 2941 2982 2987 2997.  
Abzuholen am Mittwoch den 4. August, Nachmittags von 3-8 Uhr im Concordiagarten, später bis 1. September Hützstraße 72.  
**Der Vorstand.**

**Achtung Zimmerer!**  
**Verbands-Versammlung**  
heute Dienstag den 3. August  
im Verbandslokal.  
**Tages-Ordnung.**  
1. Wie stellen wir uns zu der Lohnbewegung der Bauarbeiter.  
2. Abrechnung vom 2. Quartal.  
3. Fragekasten und Verschiedenes.  
Der Vorstand.

Neu eröffnet! Neu eröffnet!  
**„Zum Kyffhäuser“**  
**Beckergrube 24.**  
Einweihung der gänzlich neu renovirten und ausgestatteten Lokalitäten  
am **Mittwoch den 4. August 1897.**  
Ausverkauf hiesiger Lager-Biere und echt Berliner Weisbier.  
Reichhaltiger Frühstücksstisch.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
**W. Friebold.**

**Achtung!**  
**Werftarbeiter!**  
**Mitglieder-Versammlung**  
am **Mittwoch den 4. August**  
Abends 8 1/2 Uhr  
bei Spahrman, Hundestr. 101.  
Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gemacht.  
**Die Ortsverwaltung.**

**Achtung Maurer!**  
**Mitglieder-Versammlung**  
am **Mittwoch den 5. August**  
Abends 8 1/2 Uhr  
im Vereinslokal, Johannisstraße 50.  
**Tages-Ordnung.**  
1. Vereinsangelegenheiten.  
2. Kartellbericht.  
3. Fragekasten und Verschiedenes.  
Um recht zahlreiches Erscheinen ersucht  
**Der Vorstand.**

**COLOSSEUM**  
Morgen **Mittwoch den 4. August:**  
**Vogelschießen und Ball**  
Anfang des Schießens 10 Uhr Vormittags.  
Concert Anfang 5 Uhr, Ball 8 Uhr.  
Die Gewinne und Prämien bestehen in Silberzeug.  
Einlage 1 Mk. 20 Pfg.  
Hierzu ladet freundlichst ein  
**W. Dassler.**

**COLOSSEUM**  
Donnerstag den 5. August:  
**Großes Gartenconcert und Ball.**  
Anfang 8 Uhr. Eintritt für Herren 40 Pfg.  
Damen frei.  
Bei günstiger Witterung:  
Große Illumination im Garten.  
**W. Dassler.**

## Die Ventilation der Wohnzimmer im Sommer.

Von Dr. Otto Gotthilf.

(Nachdruck verboten.)

Die Ab- und Zuleitung der Luft in Räumen, welche zum Aufenthalt für Menschen bestimmt sind, wird immer noch vielfach falsch verstanden und noch falscher ausgeführt.

Als Bettentöser und sein hygienischer Generalkrab zahlenmäßig darlegte, in wie hohem Maße die Luft der Schulzimmer, Fabrikräume, Versammlungssäle u. s. w. namentlich durch Kohlenäure verpestet und vergiftet sei, da hätte jeder Gesundheitswärmer sich am liebsten gleich einen Kohlenäuremesser angeschafft, um jede Viertelstunde nachzusehen, wieviel Millimeter er noch von der minimalsten Vergiftungsgrenze entfernt sei. Man glaubte, die Athmungsluft müsse vorschriftsmäßig zubereitet sein mit so und so viel Sauerstoff und Kohlenäure, wie z. B. ein Bad von 28 Grad Wärme mit 2 Kilogramm Salz. Aber diese Ansicht ist ebenso falsch, als wenn man sagt, das Fieber ist bei 41 Grad tödlich, während doch viele Patienten schon bei 38 Grad sterben und andre wiederum Temperaturen von 42 Grad und darüber glücklich überleben. Ein gesunder, kräftiger, blutstrotzender Mensch, der sich sonst viel in frischer Luft bewegt, kann auch einmal ohne besondere Schädigung eine Zeitlang etwas schlechtere Luft einathmen, was wir ja tagtäglich in den dumpfen Bauernstuben beobachten können. Für einen schwächlichen, bluttränen und blutleeren Organismus hingegen ist nur die beste Luft gerade noch gut genug.

Im Winter bereitet die Zufuhr frischer Luft in unsere Wohnzimmer naturgemäß weit größere Schwierigkeiten als jetzt im Sommer, wo wir die Fenster nach Belieben öffnen können. Dagegen beginnen wir stets unzufriedenen Menschenkinder wieder über „die unerträgliche Hitze“ zu klagen. Wir entfliehen der von der Hitze brängligend zitternden Straßenluft und ziehen uns in unsere kühleren Gemächer zurück. Jedoch der Temperaturunterschied außen und innen ist so gering, daß er uns nur zuerst erfrischend erscheint, bald jedoch ermattend und ermüdend wirkt. Wieder verlangen wir nach frischer Luft; freilich nicht wie im Winter im Sinne der Reinheit, sondern im Sinne der Kühle. Deffnen wir aber die Fenster, so strömt selbst auf der Schattenseite noch mehr Hitze ein, denn alles strahlt Wärme aus: die sonnenbeschienenen Häuser gegenüber, das gluthschwammere Trottoir der Straße, die heißen Mauern von Hof und Hintergebäuden. Da ist denn die Rathlosigkeit des fürsorglichen Familienvaters oft noch größer als im Winter. Wie muß man jetzt die Ventilation regeln, um eine erträgliche Temperatur zu erzielen?

Ein regelloses, gelegentliches Deffnen der Fenster hat gar keinen Zweck, sondern man muß ein bestimmtes Prinzip verfolgen.

Im hygienischen Institut zu Budapest sind darüber genauere Untersuchungen angestellt worden. Man hielt im Sommer hindurch die Fenster zuerst am Tage offen und des Nachts geschlossen, dann umgekehrt, und verglich

dabei stets die Temperaturen der freien Luft mit denjenigen im Zimmer. Dabei ergab sich, daß bei am Tage geöffneten Fenstern die Temperatur im Zimmer beinahe ebenso hoch stieg, wie im Freien, und bisweilen sogar die bedeutende Höhe von 25 Grad C. erreichte. Waren dagegen die Fenster am Tage geschlossen und des Nachts offen, so blieb die Luft im Zimmer viel gleichmäßiger und kühler, mindestens 7 Grad C. niedriger als im Freien. An Tagen mit hoher Außentemperatur war der Unterschied besonders groß.

Dieser Vortheil läßt sich also einfach durch eine zweckmäßige Handhabung der Fenster erreichen, indem als Regel befolgt wird, daß dieselben am Tage geschlossen und möglichst verdunkelt, des Nachts aber offen gehalten werden. Dabei kann ungehindert die frische Nachtluft in unsere Stuben eindringen und Wände und Möbel abkühlen, welche dann ihrerseits wieder am Tage die Innenluft kühl erhalten. Unterstützen können wir diese wohlthuende Ventilation noch durch Deffnen der Thüren. Nehmen wir an, wir hätten drei Wohnräume: Schlaf-, Wohnzimmer und Küche. Deffnen wir nun Abends Fenster und Thüre der Küche, ebenso Fenster und Thüre des Wohnzimmers, und im Schlafzimmer die oberen Fensterflügel und die Thüre zur Wohnstube, so wird bald überall eine angenehme, wohlige Kühle von außen einströmen, wir werden in frischer, zugfreier Luft schlafen und den ganzen andern Tag werden unsere Zimmer bei geschlossenen Fenstern von einer angenehmen, wohlthuenden Temperatur erfüllt sein. Und auch dies trägt bei zur Freude und Zufriedenheit im Leben!

## Aus Nah und Fern.

**Hamburg.** „Edel oder unfrei.“ Ein vom Adelspleen bessener Hamburger Handelsmann hatte sich von einem heruntergekommenen Sprossen derer v. Bülow adoptiren lassen, um den Namen v. Bülow zu erringen, den er denn auch nach der Adoption führte. Die Mitglieder der Familie waren aber damit nicht einverstanden und strengten, wie wir dem „S. C.“ entnehmen, eine Klage gegen den neuen Familienzuwachs an, beantragend, dem Beklagten das Recht zur Führung des adeligen Namens von Bülow abzuerkennen. Das Hamburger Landgericht, das Hanseatische Oberlandesgericht und das Reichsgericht haben denn auch erkannt, daß der Handelsmann durch die Adoption nicht das Recht erworben habe, den Namen von Bülow zu führen, da der Adel durch die Adoption nicht erworben werden könne. Um diesen „Rechtsgrundsatz“ festzustellen, haben die Rechtsgelehrten die alten verstaubten Banden über das Adelsrecht durchstöbern müssen und haben sie dabei auch den „alten Rechtsgrundsatz“ gefunden, der dem „außerordentlich wichtigen“ Urtheil mit als Stütze dient!

„Die Adoption ist bei den Deutschen keine Art und Weise, den Adelsstand durch dieselbe zu erlangen. Denn die Nobilitation ist ein Ausfluß aus dem Majestätsrechte oder der natürlichen ehelichen und adeligen Geburt. Die an Kindesstatt angenommenen Kinder bürgerlichen Standes aber sind keine edelgeborene und auch nicht edel.“ (11) Dannen-

hero wird beim Deutschen ein Enkel von bürgerlicher Geburt gar nicht geachtet, wenn ihn der Großvater mütterlicher Seite gleich adoptirt.“

Wer wollte Angesichts solcher „Rechtsstreitigkeiten“ daran zweifeln, daß wir mit allem unserer ganzen Jurisprudenz noch tief im Mittelalter stecken. Man bedenke, daß diese Entscheidung in den ersten Instanzen von „republikanischen“ Gerichtshöfen gefällt worden ist! — „Kinder bürgerlichen Standes sind keine edelgeborene und auch nicht „edel!“ — von Recht wegen!

**Etwas vom Reisebudget des Kaisers.** Die Berechnung der Tage für Reisen des deutschen Kaisers erfolgte bis vor Kurzem in der Weise, daß für eine Maschine pro Kilometer 1,20 Mk., für eine Vorspannmaschine 80 Pf. pro Kilometer, für jede Axt eines Salon- und Schlafwagens 40 Pf. und für jede Axt eines Gepäck- oder Küchenwagens 20 Pf. pro Kilometer erhoben wurden. Da der ganze Kaiserzug bei offiziellen Reisen 12—14 Wagen zählt, von denen drei je sechs Achsen, die übrigen aber alle vier Achsen haben, somit zwei Maschinen immer nöthig und circa 60 Achsen im Zuge sind, so betragen bisher die Kosten für den kaiserlichen Hofzug etwa 24 Mk. pro Kilometer, demnach bei 100 Kilometern 2400 Mk.; meistens durchfährt aber der Kaiser viel größere Entfernungen und geht man daher nicht fehl, wenn man die Kosten einer Fahrt auf circa 5000 Mk. bemißt, wobei natürlich Verpflegung, Trinkgelder an das Bahnpersonal u. noch nicht inbegriffen sind. In neuerer Zeit wurden nun auf den preussischen Staatsbahnen die Tagen abgemindert und werden nunmehr in der Weise berechnet, daß für jeden Salon- und Schlafwagen je zehn Fahrarten 1. Klasse bezahlt werden; für die neben den Salon- und Schlafwagen im Hofzuge mitlaufenden Küchen- und Gepäckwagen wird von nun an keine Gebühr mehr erhoben. Hierdurch verringern sich die Kosten der kaiserlichen Reisen ganz wesentlich; immerhin haben die preussischen Staatsbahnen bei den vielen auf weite Strecken sich ausdehnenden Reisen des Kaisers auch nach Ermäßigung der Tagen davon eine sehr beträchtliche, weit über 100 000 Mk. pro Jahr betragende Einnahme.

Dem Gesetze ist Genüge geschehen. Ein Stück sozialen Elends entrollte sich vor der Zweiten Ferienstrasskammer in Braunschweig. Die unverehelichte Hermine König, genannt Rolke, in Bornhausen, welche im März Mutter geworden war, entwendete Nachts, um für sich und ihr Kind das von ihr im Armenhause bewohnte Zimmer zu heizen, einem anderen Einwohner ein paar Splitter Holz. Vom Nachtwächter zur Anzeige gebracht, wurde gegen die K. Anklage wegen Diebstahls erhoben. Zu dem vor einiger Zeit angelegten Haupttermin konnte die Angeklagte wegen Mangel an Reisegehalt nicht erscheinen, weshalb man sie vor 8 Tagen in Untersuchungshaft nahm, aus der sie gestern mit ihrem Kinde vorgeführt wurde. Wegen einiger Vorstrafen wird die Angeklagte für ihre aus der Mutterliebe entsprungene Straftat zu dem Mindestmaß von drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Verurtheilte wird aus der Untersuchungshaft entlassen, und ihr vom Gerichtsvorsetzenden

## Indianer und Kaiser.

Von Aug. Heine.

(2. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

IV.

Suarez zu Hause.

Die Stadt Mexiko, Hauptstadt des Landes, welche heute 200 000, mit den Vorstädten aber etwa eine halbe Million Einwohner zählen wird, gilt mit Recht als eine der schönsten der Erde.

Die Stadt liegt so hoch, daß die Fieberkrankheiten der flachen Sumpfgegend des Landes die Einwohner nicht belästigen. Umgeben von einer herrlichen Gebirgslandschaft und reich bewässerten Fluren, wo mäßige Arbeit die reichsten Ernten hervorbringt, denn es herrscht jahraus jahrein ein ewiger Frühling, kennen die Einwohner der Stadt Mexiko Nahrungsorgen so gut wie gar nicht. Alle Nahrungsmittel, besonders Fleisch, sind im Ueberfluß vorhanden. Als Bekleidung genügt ein leichtes baumwollenes Hemd. Schuhwerk wird meist als lästiger Luxus betrachtet, der Normalarbeitstag der meisten Leute dort besteht im ewigen Nichtsthun, unterbrochen ab und zu durch eine leichte Beschäftigung. Als Zeitvertreib der besitzlosen Bevölkerung — Lepores genannt — gelten allerlei Hazardspiele — Stiergefächte, das heißt Kämpfe zwischen berittenen Stierkämpfern und in Wuth versetzten Stieren bilden Festtage für die Menge. Die Industrie ist ganz unbedeutend — die Schulen der Stadt sind wenigstens gegenwärtig anerkannt, musterhaft. Das politische Leben ist ein sehr reges. Es erscheinen über hundert verschiedene Zeitungen dort. Der aus hellgrünen Porphyrstein erbaute großartig schöne Nationalpalast, unter dem spanischen Vizekönig durch Zwangsarbeit hergestellt, enthält die Wohnungen des Präsidenten und der Minister der vereinigten Staaten von Mexiko.

Zu diesem Nationalpalast begab sich eines Tages in der Zeit als Suarez, wenn auch damals noch nicht dem Namen nach, doch dem Geiste nach Präsident des Landes Mexiko war, ein feingekleideter Mann, dem man seine französische Aukunft leicht ansah.

Es war dies Herr M. von Montluc, seit langen Jahren französischer Consul, welcher in Mexiko eine große Baumwollenspinnerei und Weberei einzurichten gedachte. Er hatte mehrere französische Geldfirmen hinter sich. Die Baumwollentstoffe wurden damals im Lande Mexiko noch gänzlich auf alterthümliche Art von den Indianerinnen hergestellt. Es war zweifellos, daß die Herstellung solcher Webartikel durch eine mechanische Weberei und Spinnerei einen ungemeinen Gewinn bringen würde und Herr von Montluc war eben auf dem Wege zu Suarez, um mit solchem dieserhalb verschiedene Angelegenheiten zu besprechen.

Diese Unterredung des Herrn von Montluc mit Suarez ist so lehrreich für die Charakteristik Suarez und seiner Partei, daß ich solche nach den nachgelassenen Aufzeichnungen Montlucs wiedergeben werde.

Ich betrat den Palast — erzählt Montluc — ohne daß ich durch Soldaten oder Hofchargen behindert worden wäre. Aber wo Suarez in dem weiten Gebäudecomplez finden? Endlich erblickte ich einen missig dastehenden barfüßigen indianischen Hausknecht, welcher mir nicht nur Bescheid sagte, sondern auch, einem Trinkgeld nicht unempfindlich, mich bis zur Wohnung des stellvertretenden Präsidenten brachte.

„Nicht übel — nicht übel,“ lachte ich, Gaere unkultivirten Wilden, die nicht lesen und schreiben können, dieses Volk ist ein herrlicher Souverän.“

„Kann das Volk dafür und darf man es deshalb verhöhn und verachten, weil es von seinen Feinigern und Unterdrückern bisher in der bodenlosesten Unwissenheit er-

halten worden ist? Das Volk wird schon noch lernen zu verstehen, wer es mit ihm gut meint —“

„Mag sein — indessen wie sollen es die Herrscher dieser Erde zugeben, daß derart alle Grundzüge der Civilisation von Euch auf den Kopf gestellt werden.“

„Ich danke für Euer Civilisation, die nur auf der Versclavung der Massen aufzubauen ist, damit einige wenige im Ueberfluß schwelgen. Ich will Euch jedoch ein Anerbieten machen, Montluc — die Fabrikanlagen Eurer Geldmänner sind unnütz für uns, meint Ihr es aber wirklich gut mit der Republik Mexiko, so führt unser mexikanisches Consulat in Paris, wir brauchen zuverlässige Freunde, denn der Kampf mit den Mächten der Sklaverei, verbunden mit den Mächten der Finsterniß, wird für uns noch ein harter werden.“

So wurde ich der Consul der mexikanischen radikal-demokratischen Regierung in Paris.“

Obgleich Montluc nicht mit allen Schritten Suarez einverstanden war, so blieb er doch ein treuer Freund und Mitkämpfer desselben, trotzdem Kaiser Napoleon III. und seine Helfeshelfer gegen ihn einen Hochverrathsprozeß dieserhalb anstregten; wie wir in der Folge erfahren werden.

V.

„Mein Reich ist nicht von dieser Welt.“

Das katholische Priestertum besaß früher mehr als den dritten Theil des gesammten Landes Mexiko.

Durch die Verfassung der vereinigten Staaten von Mexiko vom Jahre 1857, welche das Land seinem besten Volksmann Benito Suarez verdankt, beziehungsweise durch die auf Grund dessen erlassene Verordnung vom 30. Juli 1857 wurde der Kirche der gesammte Besitzstand entzogen und dem Volke der Mexikaner zurückgegeben.

Diese Verfassung — auf breiterer demokratischer

beheutet, beim Amtsgericht Seesen ein vermuthlich erfolgreiches Gnadengesuch zu Protokoll zu geben. Das Gericht konnte nach dem Buchstaben des Gesetzes nicht anders urtheilen, allein ist es nicht, als wenn die Richter selbst das Unrecht der schematischen Anwendung der Rechtsparaphrasen bei dem Urtheilspruch empfunden hätten? Welcher Zwiespalt mag in dem Herzen einer Mutter wühlen, die sich in die eiserne Nothwendigkeit verkehrt sieht, entweder ihren Liebling verhungern oder erkranken zu sehen, oder aber mit dem Gesetz in Konflikt zu gerathen und durch Monate lange Gefängnisstrafe büßen zu müssen für einen Fehlgriß, zu dem sie durch die Mutterliebe gedrängt wurde. Wie gelinde verfährt doch die Klassenvertheilung mit den D u e l l m ö r d e r n und sonstigen edlen Seelen, wenn sie nur nicht so gemein sind, ihre Mitmenschen am „geheiligten Eigenthum“ zu schädigen.

**Auch Unternehmerrhumanität.** In der letzten Holzarbeiterversammlung in Magdeburg wurde Folgendes erzählt: Seit 47 Jahren arbeitete ein Arbeiter in der Alfordfabrik von Traugott Schneider u. Co. Der alte Mann hat fünf Söhne, die ebenfalls ihre Arbeitskraft zur Bereicherung des Fabrikanten Schneider in dessen Fabrik aufbrauchen. Als der Streik begann, traten die fünf Söhne auf die Seite der Streikenden. Der alte Vater arbeitete, wogegen Niemand etwas einzuwenden hatte, weiter. Als er aber wieder zur Arbeit sich begeben wollte, wurde ihm von einem Vertreter der Firma gesagt: „Gehen Sie dahin, wo Ihre Söhne sind!“ — Der Alte ging . . . „Pach“ Dich hinaus, Du bist zu alt!“ wird er gedacht haben. Der Alte wird der Firma nicht genügend geleistet haben, da er zu alt, zu schwach war. Nun, da dies der Fall war, kann er gehen, der Streik hat zum Gehenslassen die billigste Gelegenheit. 47 Jahre hindurch hat der nun Brotlose der Firma seinen Schweiß geopfert, durch seine Arbeit die Firma bereichert — nun jagt er am Hungertuche.

**Vom Nachtwächter erstochen** wurde in dem Städtchen Priewen bei Bissa der Maurer Dudzial. Der Nachtwächter hatte nach der „Pos. Btg.“ mit dem Maurer und noch zwei Kumpanen gekneipt, bis der Wirth Feierabend bot. Dann nahmen sich die vier Bechgenossen eine Flasche Brantwein mit und kneipten weiter auf einer Bank in der Nähe. Der Nachtwächter machte einmal seine Runde und kehrte dann wieder zu seinen Kumpanen zurück. Auf einem neuen Rundgang begleitete der Maurer den Nachtwächter, er fing im Rausch wahrscheinlich zu lärmern an, der Nachtwächter fühlte sich da nicht mehr als Bechgenosse, sondern als Beamter und unterfagte ihm sein Singen. Es kam zum Ringen und dabei erhielt der Maurer vom Nachtwächter mit dem Speiß einen Stich in die Seite, der alsbald den Tod herbeiführte.

Eine ergreifende Familienszene spielte sich vorige Woche in einer Sitzung des Schöffengerichts in München ab. Der Stadt- und gerichtsbekanntes Schlossermeister Karl Vollmeier noch nämlich der weiteren Deffentlichkeit das traurige Schauspiel, daß er gegen seine drei eigenen Kinder, die er wegen Diebstahls zur Anzeige brachte, in der durchgeführten Verhandlung als Zeuge auftrat. Zu verantworten hatte sich das 21 Jahre alte Zimmermädchen Katharine Vollmeier wegen Diebstahls, der 17 Jahre alte Schlosser Ludwig Vollmeier und der 20 Jahre alte Ingenieur-Kandidat Karl Vollmeier jun. wegen Beihilfe zum Diebstahl. Nach der Anklage ist Fr. Vollmeier beschuldigt, aus der Wohnung ihres Vaters Wäsche und zwar: 3 Duzend Taschentücher, 4 Bett- und 6 Kopfkissenüberzüge, 9 Damenhemden, Windeln u. entwendet zu haben. Der Angeklagte Ludwig soll seiner Schwester beim Einpacken behülflich gewesen sein, während der dritte Angeklagte Karl Vollmeier jun. in Verhacht steht, den Vater mittels Telephon aus der Wohnung gelockt zu haben, um den Diebstahl ungehindert ausführen zu können. Der Angeklagte Vollmeier jun. stellt zunächst jede Beihilfe in Abrede und äußerte sich in ruhiger Weise auf die ihm und seinen Geschwistern zur Last gelegten Thaten. Er schildert all die Chicanen, die er und seine Geschwister von dem lebenswürdigen Papa zu er-

dulden hatten und glaubt, daß dieselben nur auf die Hege der „Haushälterin“ Schützenberger zurückzuführen seien. Der Vater nehme es mit seinen Angelegen nicht besonders genau, denn auch die Schützenberger habe er schon des Wäschebiefstahls beschuldigt und angezeigt, und als sich die Schützenberger wieder mit dem Vater veröhnt, mußten sie (die Kinder) aus dem Hause, nachdem er in Aussicht stellte, die Schützenberger zu heirathen; beim Wegzuge verweigerte nun der Vater seiner Tochter die Herausgabe der Kleider und Wäsche deshalb, weil Katharina in München bleiben und sich ein Zimmer mietzen sollte. Um nun in den Besitz der Kleider zu kommen, sei der Vater mittels Telephon benachrichtigt worden, daß seine Tochter Katharina sich ein Billet nach Wien gelöst und eine 100 Mark-Banknote habe wechseln lassen, der Zug gehe in einer halben Stunde ab. Auf dieses Telephongespräch hin sei Vollmeier sen. nach dem Bahnhof geeilt und während dieser Zeit haben die Angeklagten Ludwig und Katharina Vollmeier den Koffer gepackt. Uebrigens deponirte Katharina Vollmeier und stellt dieselbe entschieden in Abrede, mehr Wäsche, als ihr gehörig, mitgenommen zu haben. Zeuge Vollmeier sen. macht vom Recht der Zeugnisverweigerung keinen Gebrauch und äußerte sich über seine Kinder nichts weniger als günstig; daß aber auch der Vater nicht so engelrein ist, wie er sich gern hinstellen möchte, konstatirt der Vorsitzende Dr. Stürmer aus den Akten, denn dem lebensvollen Vater wurde schon einmal das Erziehungsrecht seiner Kinder entzogen. — Der Amtsanwalt beantragte Freisprechung für Karl Vollmeier jun., für Ludwig 4 und für Katharina 8 Tage Gefängnis. Während der Urtheilsberatung bedankte sich die Tochter bei dem lebenswürdigen Vater mit den Worten: „Ich danke Dir, Papa, daß Du mich nun ins Gefängnis schicken willst,“ und verfiel in einen jormlichen Weinkrampf. Auf Veranlassung des Amtsanwalts mußte Vollmeier sen. den Saal verlassen. Das Urtheil lautet auf Freisprechung sämmtlicher Angeklagten. — Nach der Verhandlung entging Meister Vollmeier nur dadurch einem förmlichen Haberfeldtreiben, daß er sich vorzeitig entfernte, denn die zahlreichen Zuhörer stürmten höchst entrüstet über das Gebahren des lebenswürdigen Vaters vom Gerichtssaal in den Gang. Vollmeier aber war bereits über alle Berge.

Miquel als „Mädchen aus der Fremde“ besingt der „Madderad.“ wie folgt: Spricht nicht v. Miquel zum Entzücken. Und so gefällig und gewandt? Er möchte alle gern beglücken, Zufriedenstellen jeden Stand. Wohlfahrt dem Ganzen will er bringen. Den Armsten heiter sein und reich. So scheint er denn in manchen Dingen Dem „Mädchen aus der Fremde“ gleich. In manchem wieder unterscheidet Er sich von dieser Huldgestalt: So durch das Amt, das er bekleidet. Und dadurch, daß er ziemlich alt. Besagtes Mädchen ferner brachte Für jeden etwas Hübsches mit Und gab es ihm, und alles machte Sie glücklich so, wohin sie schritt. So gefebfreundig ist dagegen Der vielgewandte Miquel nicht. Er giebt zunächst nur seinen Segen und schenkt nicht, sondern er verspricht. Gewiß ist es der Wunsch des Alten, Daß er, was er versprochen, hält; Allein Versprechen und Halten sind Verschiedene Dinge auf der Welt.

Einen köstlichen Zwischenfall hat die Panama-Angelegenheit hervorgerufen. Der Abg. Rouannet war von dem Untersuchungsrichter Berthulus aufgefordert worden, vor ihm zu erscheinen und über die Mittheilung von Aktenstücken aus der parlamentarischen Untersuchung durch mehrere Blätter Auskunft zu geben. Rouannet beliebte es nicht zu erscheinen, worauf der Untersuchungsrichter ihn durch Gerichtsvollzieher in dem üblichen groben Kanaleistil als le nommé Rouannet, so viel als „Der p. Rouannet“, vorladen ließ. Darauf erscheint heute in den Blättern ein Brief des Pariser Abgeordneten, der also anhebt: „Le nommé Rouannet hat die Ehre, dem nommé Berthulus durch die Presse den Empfang des Vorladungsbefehls anzuzeigen.“ Diese Wendung, die eine verdiente Zurechtweisung enthält, kommt in dem Briefe nochmals vor. Rouannet theilt mit, daß er an dem festgesetzten Tage einer Kommissionsitzung beiwohnen müsse

und daher am Sonnabend um 5 Uhr erscheinen werde. — Sogar die „Römishe Zeitung“ sieht sich zu folgenden Bemerkungen veranlaßt: „Was Herr Rouannet jetzt in Deutschland gesehen würde, wollen wir dahingestellt sein lassen. Erfreulich ist für uns nur die Kundgebung gegen die anmaßende, die Höflichkeitsform absichtlich unterdrückende Verzeichnung le nommé. Das Beispiel Rouannets verdient Nachahmung, ob schon er ein Sozialist ist. Es ist an der Zeit, mit den verlegenden Anreden an Bürger in amtlichen Schriftstücken aufzuhören. Verlegend ist z. B. die scheinbare Höflichkeitsform, einen Bürger mit „Wohlgeboren“ zu bezeichnen, während man den anderen „Hochwohlgeboren“ nennt, als ob irgend Jemand Angesichts der Gleichheit vor dem Gesetz ein Recht hätte, diesen lächerlichen Unterschied zu machen. Bis man das thörichte Wort abschafft, sollte ein selbstbewußter Bürger sich des „Wohlgeboren“ oder „Hochwohlgeboren“ im Verkehr mit Beamten nicht bedienen.“ — Wir haben vor geraumer Zeit die militärische Bürokratie in Deutschland gekennzeichnet, als wir die Adresse: „An den Gemeinen Zigarrenmacher N. N.“ besprachen. Damals fand die bürgerliche Presse sich nicht veranlaßt, diese Glanznummer des Bürokratiekopfes zu erwähnen. Nun aber, da in Frankreich etwas Aehnliches passiert ist, nimmt man davon Notiz, „obgleich er (Rouannet) ein Sozialist ist.“ Auch brzeichnend für den Muth unserer deutschen Journalisten.

**Andrees Lebensweise zwischen Himmel und Erde.** Um Andree und seine Begleiter während ihrer Luftreise ausreichend mit Lebensmitteln zu versehen, ist jedes Winkelchen in der aus Holzgesticht mit Leinwandüberzug bestehenden Gondel ausgenutzt worden. Da diese trotz ihrer leichten Konstruktion ein Gewicht von 5000 Kilogramm tragen kann, so ergibt sich, daß für die selbstigen Bedürfnisse der kühnen Reisenden für lange Zeit gesorgt ist, um so mehr, als König Oscar, der bekanntlich an Andrees Unternehmen das regste Interesse nimmt, außer seinem bedeutenden Geldbeitrage das Beste aus Küche und Keller seines königlichen Schlosses zur Ausstattung der Gondel beigetragen hat. Die edelsten Weine, die feinsten Delikatessen befinden sich unter den Vorräthen des Andrees'schen Fahrzeuges. In 800 kleinen Säckchen ist der gesammte Proviant in der Gondel vertheilt. Mit Rücksicht auf die 5000 Kubikmeter Gas, mit denen der Ballon gefüllt ist, darf nicht ein einziges Streichhölzchen während der ganzen Luftreise angezündet werden. Man darf deshalb nicht glauben, daß die Insassen der Gondel auf warme Mahlzeiten verzichten müssen. Im Gegentheil, sie können so oft warm essen, wie sie wollen. Zu diesem Zwecke haben die Luftschiffer einen höchst originellen Ausweg eronnen. Vom Boden der Gondel hängt eine Leine herab, an der ein Spirituslocher befestigt ist. Dieser kann 15 Meter unterhalb der Gondel auf elektrischem Wege entzündet und ausgelöscht werden, ehe man ihn wieder emporzieht. Durch einen Spiegel beobachtet man von Bord der Gondel aus, ob die Flamme brennt, und durch einen Gummischlauch bläst man sie aus, wenn es Zeit ist. Das Fahrzeug hat Schlafplätze für drei Personen und führt außer einer Reihe wissenschaftlicher Instrumente sogar eine Bibliothek mit sich.

Der angebliche Luftballon Andrees im Weissen Meere dürfte doch ein todtter Walfisch gewesen sein. Ein früherer Walfischfänger schreibt dem Blatte „Goeteborgs Handels-tidning“, er habe auf der vom Kapitän des „Dortrecht“ bezichneten Stelle an der Murmanischen Küste bei der Insel Kilbin in großer Entfernung viele todtte Walfische auf dem Meere treiben gesehen; dieselben hätten wohl mit einer Ballonhülle verwechselt werden können. — Ein Dampfer, welche auf der Fahrt nach dem Zenissei sind und in diesen Tagen Bardoe passiren, wurden übrigens erfucht, die Gewässer, in denen der Kapitän des „Dortrecht“ den ballonähnlichen Gegenstand gesehen hat, genau abzusuchen.

Ein neues Wort. Im Wochenblatt in Thale a. S. findet sich folgendes Inserat: „Geküßter Fremdenfänger, der bereits für hiesige Hotels thätig war, wird gegen hohe Provision gesucht von u.“ . . .

Grundlage aufgebaut — erkennt völlige Religionsfreiheit an.

Obgleich Jesus gelehrt mein Reich ist nicht von dieser Welt, so verursachten doch die Pfaffen und ihr Anhang im August des Jahres 1857 einen Aufstand, um die Einziehung des Kirchenvermögens zu hintertreiben.

In der That setzten sie in der Hauptstadt Mexiko, vertrieben die Volksvertretung und warfen die Leiter der demokratischen Bewegung, unter diesen auch Benito Suarez, in den Kerker.

Allein der Demokrat Comonfort rief die Freunde der Freiheit zum Kampf auf, erstürmte die Hauptstadt Mexiko, befreiten die Eingekerkerten und legten die aufständischen Pfaffenfreunde in Ketten; dies geschah am 16. Dezember 1857. Ein abermaliger Aufstand der Pfaffenfreunde am 21. Januar 1858 nöthigte die Demokraten jedoch zum abermaligen Rückzug aus der Hauptstadt. Suarez begab sich nach der Stadt Guanajuato, wo er am 19. Januar die liberale Regierung errichtete.

Die Pfaffenregierung unter einem gewissen General Miramon bestand in der Hauptstadt: die freiheitliche Regierung unter Suarez in der Provinz.

Sämmtliche europäischen Regierungen, Allen voran Frankreich, brüllten sich, die reaktionäre Regierung unter Miramon anzuerkennen, wofür der Erzbischof von Mexiko im Namen der heiligen katholischen Kirche seinen Dank darbrachte.

Nur die Hauptstadt gehörte der Pfaffenpartei; das gesammte Land hingegen sprach sich für Suarez aus, und dieser verlegte seine Hauptstadt nach Vera-Cruz, der zweitgrößten Stadt des Landes.

Die Reaktionären brachten eine Armee von 15 000 Mann auf die Beine, auch der verjagte Pfaffenfreund Santa-Anna kehrte mit 1000 Mann Soldaten zurück, vereinigte sich mit dem General der Pfaffenarmee Zuloaga und beide Generale raubten und plünderten, so viel sie konnten und verschonten auch die fremden Kaufleute der Hauptstadt nicht. Gleichviel ob solche Franzosen, Engländer, Spanier usw. waren, sie wurden kunstgerecht von der Pfaffenpartei ausgeplündert, und zwar machte man das so, daß der Finanzminister eine Staatsschuld ausschrieb und die Fremden und Einheimischen mit Gewalt zwang, seine werthlosen Papiertwische für baare Geld zu kaufen. Man nennt das eine Zwangsanleihe. Diese Zwangsanleihe betrug rund 80 Millionen amerikanische Dollar.

Damit nicht genug, schloß die Pfaffenregierung, die gar keine durch das Volk gewählte Nationalversammlung hinter sich hatte, mit dem französischen Bankier Fesler, der bereits früher Geld zu Wucherzinsen hergegeben, einem neuen Vertrag, worauf noch etwas Geld aus Frankreich erfolgte, doch das Alles war wie ein Tropfen auf einen heißen Stein.

Suarez hinaegen verkaufte ein Klostergut nach dem

anderen — führte die Zivilehe ein — und bald hielten sich die beiden Armeen des Suarez und des Miramon in Schach. Da der als Präsident gewählte krankliche Comonfort nach Europa geflüchtet war, so trat Suarez, der Vicepräsident der Republik, verfassungsmäßig an dessen Stelle — zum Glück für Mexiko. Die Mexikalien (deutsch Pfaffenfreunde) wurden überall geschlagen und am 11. Januar 1861 zog Suarez wieder in die Hauptstadt Mexiko ein; die radikal-demokratisch-republikanische Regierung herrschte nunmehr uneingeschränkt über das Land Mexiko.

Alvarez, der eigentliche Präsident, war ein Kriegsmann, der sich nicht viel um das innere Staatswesen bekümmerte; Suarez, sein Vicepräsident, war schon damals die eigentliche Seele der ganzen Regierung.

Wir schritten durch eine Reihe völlig leerer Zimmer — die Einrichtung des Palastes nämlich hatte Santa Anna, der entflozene Präsident der besiegten Regierung einfach geraubt und mitgeschleppt.

Endlich gelangten wir in ein Zimmer, welches bewohnt war. Das Hauptmöbel desselben bildete eine Hängematte, und der mich führende Sepero meinte, das sei Suarez Schlafabiet. „Nebenan wohnt er, gehen Sie nur hinein.“ Ich thats, allein ich blieb starr vor Erstaunen stehen, denn der Anblick, der sich mir darbot, ging doch über Alles, was ich erwartet hatte.

(Fortsetzung folgt.)